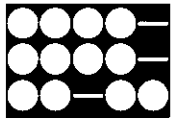


Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein

Postfach
Standort Kiel

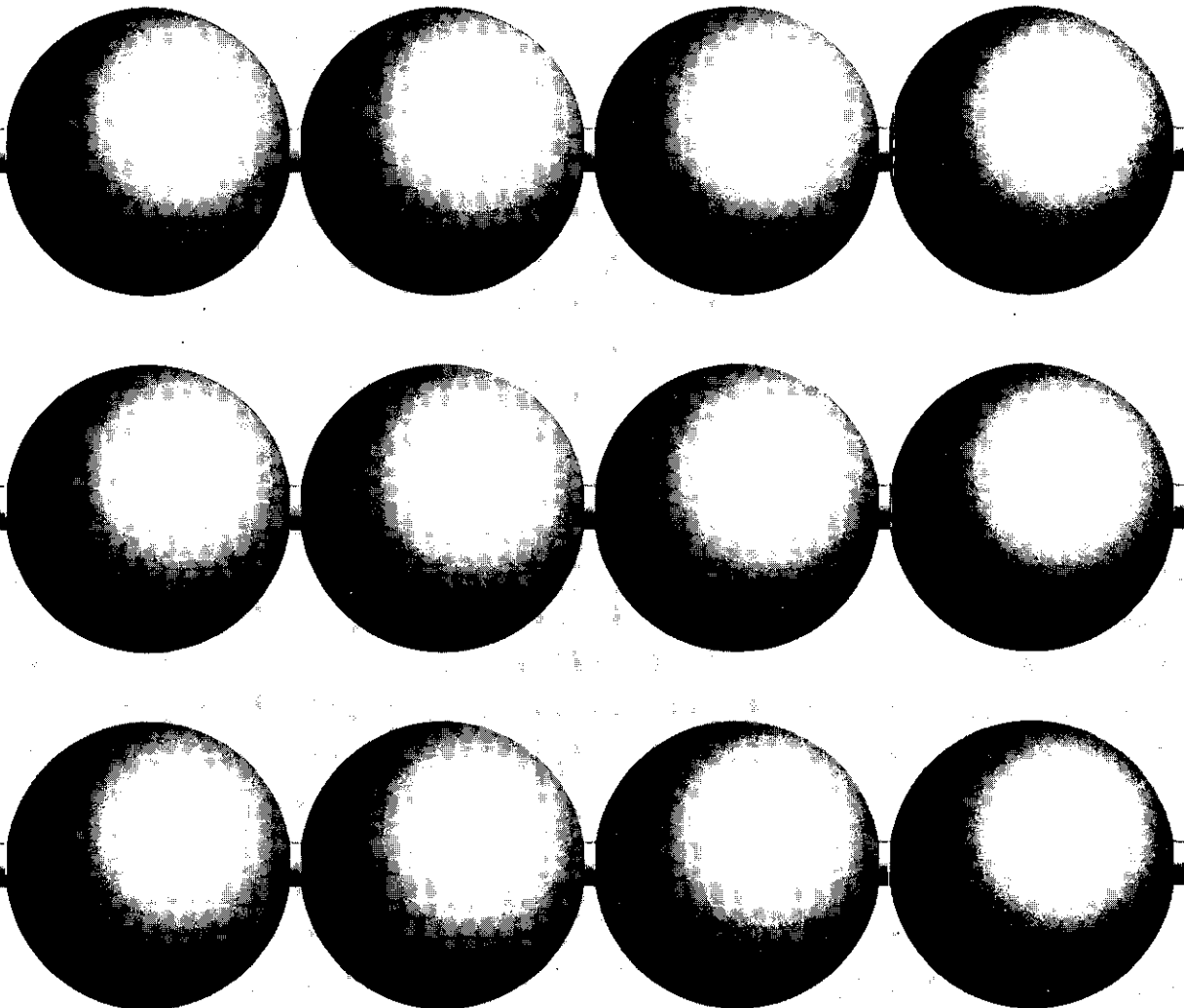
Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel



51. Jahrgang, Heft 12, Dezember 1999

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein



Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Postfach 11 41
24100 Kiel

Telefon (04 31) 68 95-0
Telefax (04 31) 68 95-4 98
E-Mail: statistik-sh@t-online.de
Internet: www.statistik-sh.de

Schriftleitung:
Fritz Wormeck
App. 2 46

Vertrieb:
App. 2 80

Druck:
Schmidt & Klaunig, Kiel
Erste Kieler Druckerei
mit Umwelt-Zertifikat

Emissionsarm gedruckt
auf chlorfrei gebleichtem
Papier

Erscheinungsfolge
monatlich

Auflage 550

Einzelheft DM 4,-
Jahresbezug DM 40,-

Erfüllungsort und
Gerichtsstand Kiel

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

ISSN 0947 - 7373

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

51. Jahrgang • Heft 12

Dezember 1999

Inhalt	
• Kurz gefasst	238
Pflegestatistik, Wohnungen, Ehen, Verarbeitendes Gewerbe, Wintergetreide, Verpackungsabfälle, Ozon- und Klimaschadstoffe, Bauabfälle	
• Aufsätze	
Indikatoren für den Zustand der schleswig-holsteinischen Agrarlandschaft	
Schritte zu regionalen Umweltökonomischen Gesamtrechnungen	240
Der Aufsatz beschreibt kurz das Konzept der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen und führt in deren Themenbereich „Indikatoren für den Umweltzustand“ ein. Der Autor erläutert die Ermittlung der Indikatoren unter Einsatz ökologischer Landschaftsmodelle. Darüber hinaus werden die Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes agrarstatistischer Daten für diesen Zweck aufgezeigt sowie unter inhaltlichen und organisatorischen Gesichtspunkten die Zusammenarbeit zwischen amtlicher Statistik und universitärer Forschung beschrieben.	
Die Wohnverhältnisse der privaten Haushalte in Schleswig-Holstein 1998	248
Anhand der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe beschreibt die Autorin für 1998 die Wohnverhältnisse der privaten Haushalte Schleswig-Holsteins. Im einzelnen werden aufgezeigt, in welcher Art Hauptwohnung die Haushalte lebten, ob als Mieter oder Eigentümer und wieviel Wohnflächen ihnen zur Verfügung standen. Spezifiziert sind diese Aussagen für die verschiedenen Größen und Typen der Haushalte sowie nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers.	
• Kurzbeitrag	
Wirtschaftliches Wachstum in Schleswig-Holstein im ersten Halbjahr über dem westdeutschen Durchschnitt	254
In diesem Kurzaufsatz wird für das erste Halbjahr 1999 die Wachstumsrate des schleswig-holsteinischen Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zu den anderen Bundesländern vorgestellt und die wichtigsten Determinanten dieses Indikators sowie konzeptionelle Hinweise aufgezeigt.	
• Entwicklung im Bild	255
• Beilage	
Zahlenbeilage	

Neu: Pflegestatistik in Schleswig-Holstein – Erhebung beginnt Dezember 1999

Nach langjährigen Beratungen wurde im Oktober nun die von vielen Nutzern dringend erwartete Verordnung zur Einführung der Pflegestatistik vom Bundesrat verabschiedet. Noch in diesem Jahr wird das Statistische Landesamt für Schleswig-Holstein mit einer amtlichen Erhebung über Pflegeeinrichtungen und Pflegebedürftige beginnen.

Mit der Statistik sollen erstmals umfassende und zuverlässige Daten über alle Einrichtungen zur stationären und ambulanten Versorgung, über deren personelle Ausstattung sowie über die von den Einrichtungen betreuten Pflegebedürftigen bereitgestellt werden.

Die Pflegestatistik wird bundesweit als zweijährige Totalerhebung durchgeführt. Dies soll sicherstellen, dass Entwicklungen in der pflegerischen Versorgung und in der Nachfrage nach pflegerischen Angeboten rechtzeitig erkannt werden und angemessen darauf reagiert werden kann.

Deutlich weniger Wohnungen genehmigt

In den ersten elf Monaten des Jahres 1999 genehmigten die Baubehörden in Schleswig-Holstein den Bau von 16 900 Wohnungen, ein Zehntel weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Ursache hierfür liegt hauptsächlich im Geschosswohnungsbau. Mit 4 800 Wohnungen wurden mehr als 28 % weniger genehmigt als in den ersten elf Monaten des Vorjahres. Im Eigenheimbau wurde dagegen mit 10 900 genehmigten Wohnungen das Niveau des Vorjahres um 3,9 % überschritten, wobei die Zahl der genehmigten Einfamilienhäuser um 5,9 % auf über 9 400 stieg und die Zahl der Wohnungen in Zweifamilienhäusern um 7,4 % auf gut 1 500 abnahm. Im Nichtwohnbau sowie im Rahmen von Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden sind knapp 1 300 Wohnungen vorgesehen, mehr als 28 % weniger als im Vorjahr.

9.9.99: Fast 1 200 Eheschließungen

Am Tag des magischen Datums, dem 9. September 1999, wurden vor den schleswig-holsteinischen Standesämtern 1 170 Ehen geschlossen, das waren im Durchschnitt 5,5 Eheschließungen je Standesamt. Dadurch lag die Zahl der im September geschlossenen 2 775 Ehen um 946 (51,7 %) über dem Vorjahresmonat September 1998.

Damit ist der September in diesem Jahr ausnahmsweise der Monat mit den meisten Eheschließungen, gefolgt von den Monaten August (2 294) und Mai

(2 265). In Jahren ohne solche interessanten Datumskonstellationen ist es der Mai, auf den die meisten Eheschließungen fallen.

Vergleichsweise weniger interessant für Heiratswillige war dagegen der 8.8.88, an dem in Schleswig-Holstein 855 Ehen geschlossen worden waren. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat lag die Zahl der seinerzeit im August geschlossenen 2 600 Ehen nur um 737 (39,6 %) höher.

Insgesamt wurden in den ersten drei Quartalen des Jahres 1999 14 355 Ehen geschlossen, im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres waren es lediglich 13 874.

Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe weiterhin vom Export bestimmt

Das recht kräftige Wachstum des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein wurde in den ersten neun Monaten des Jahres 1999 eindeutig vom Export getragen. Die im Zeitraum Januar bis September 1999 erzielten Umsätze lagen um 4,9 % über dem für den vergleichbaren Vorjahreszeitraum ermittelten Wert. Während die Inlandsumsätze nur um 2,5 % zunahmen, erreichten die Auslandsumsätze ein um fast 11 % besseres Ergebnis als im Vorjahr.

Auch für die zukünftige Absatzentwicklung zeichnet sich ein recht positives Bild ab, da die Auftragseingänge in den ersten neun Monaten des Jahres um 6,6 % gestiegen sind. Auch hier gingen die stärkeren Impulse vom Auslandsgeschäft aus, dessen Auftragswert um 16 % über dem Vorjahresergebnis lag. Die Bestellungen der inländischen Kunden stagnierten dagegen nahezu auf Vorjahresniveau (+ 0,2 %).

Mit einem negativen Vorzeichen ist nach wie vor die Beschäftigtenentwicklung versehen. Allerdings fiel der Rückgang mit - 1,5 % geringer aus als in den ersten neun Monaten des Jahres 1998 (- 2,3 %). Im Durchschnitt der Monate Januar bis September 1999 waren etwas über 140 000 Personen in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes tätig.

Mehr Wintergetreide, weniger Raps ausgesät

In Schleswig-Holstein wurde unter günstigen Aussaatbedingungen im Herbst 1999 der Anbau von Wintergetreide für das Erntejahr 2000 um 4 % erheblich ausgeweitet. Im vorhergehenden Jahr war die Herbstbestellung infolge hoher Niederschläge und dadurch starker Übernässung der Böden beeinträchtigt und nach späträumenden Feldfrüchten wie Silomais, Kohl und Zuckerrüben teilweise nicht möglich.

Insgesamt vergrößerte sich die Fläche mit Wintergetreide gegenüber dem Vorjahr um 9 % auf 286 000 ha. Mit erstmals 182 000 ha nimmt der ertragstarke Winterweizen die größte Anbaufläche ein. Aussaatflächen von 64 000 ha entfallen auf Wintergerste, von 30 000 ha auf Roggen und von 11 000 ha auf Triticale. Demgegenüber verringerte sich die Fläche mit Winterraps – aufgrund weltmarktbedingt stark gesunkener Erzeugerpreise – um 5 % auf 91 000 ha.

Beim Einsetzen winterlicher Witterung Ende November hatten die Winterfeldfrüchte einen guten Wachstumsstand erreicht, der von den Berichterstattern deutlich besser als im vorhergehenden Jahr beurteilt wurde.

Verpackungsabfälle erfasst

Verpackungen werden von Industrie und Handel vielfältig und in großen Mengen eingesetzt. Sie dienen dem Schutz der Waren, verbessern deren Handhabung und erleichtern den Transport oder schaffen nur einfach mit optischer Heraushebung der Produkte Kaufanreize. Kehrseite dieser Medaille ist eine Flut von Verpackungsabfällen, die einzudämmen Ziel der seit 1991 geltenden und 1998 novellierten Verpackungsverordnung ist. Diese schreibt verbindlich vor, dass Verpackungsabfälle möglichst zu vermeiden und unvermeidbare grundsätzlich zu verwerten sind. Die eigens zu diesem Zweck errichteten Rückführungssysteme sorgen dafür, dass gebrauchte Verpackungen beim Verbraucher abgeholt und einer anschließenden Verwertung zugeführt werden. In Schleswig-Holstein wurden 1997 bei privaten Endverbrauchern 243 Tsd. t Verkaufsverpackungen eingesammelt und an Sortieranlagen und Weiterverarbeitungsbetriebe abgegeben. Mit 109 Tsd. t überwogen unter den Verpackungsabfällen die Glasbehälter, weitere 81 Tsd. t Verpackungsmüll setzten sich aus der „Leichtstoff-Fraktion“ zusammen, das sind Gemische von Verpackungen verschiedener Materialien, wie Kunststoff, Aluminium, Weißblech oder Verbundstoffe. Papier-, Pappe- und Kartonverpackungen schlugen mit 52 Tsd. t zu Buche. Darüber hinaus wurden bei gewerblichen und industriellen Endverbrauchern 136 Tsd. t Verkaufs-, Transport- und Umverpackungen eingesammelt, darunter 99 Tsd. t Verpackungen aus Papier, Pappe und Karton.

Ozon- und Klimaschadstoffe in Schleswig-Holstein

1998 wurden in Schleswig-Holstein 285 t ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe verwendet. Mit 147 t wurde gut die Hälfte der von insgesamt 106 Unternehmen gemeldeten Schadstoffmenge als Treibmittel bei der Produktion von Kunst-

und Schaumstoffen verwendet. 118 t der Stoffe dienten als Kältemittel, für die Herstellung von Aerosolen wurden weitere 13 t benötigt. Von den 106 Unternehmen, die eine Verwendung der betreffenden Stoffe meldeten, zählten 57 zu den Wirtschaftszweigen der Herstellung von kälte- und lufttechnischen Erzeugnissen sowie der Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen. Eingesetzt wurden die Stoffe außerdem in Unternehmen des Kfz-Gewerbes, des Ernährungsgebietes, der Handelsvermittlung und des Großhandels sowie der chemischen Industrie.

Bauabfälle schonen Rohstoff-Ressourcen

Bauabfälle wieder aufzubereiten, anstatt sie zu deponieren, trägt in zweifacher Hinsicht zum Schutz der Umwelt bei: Zum einen wird der Berg abzulagernder Abfälle nicht zusätzlich erhöht, zum anderen schont der Einsatz der durch das Recycling gewonnenen „Sekundärrohstoffe“ die natürlichen Rohstoff-Ressourcen. Die in Schleswig-Holstein betriebenen Aufbereitungs- und Verwertungsanlagen nahmen 1998 rund 1,5 Mill. t Bauschutt, Baustellenabfälle, Bodenaushub und Straßenaufbruch entgegen und verarbeiteten sie durch Sortierung und Aufbereitung zu 1,4 Mill. t wieder verwertbaren Stoffen. Mit 1,1 Mill. t bestand das Gros der in 30 stationären und 24 mobilen sowie semimobilen Aufbereitungsanlagen recycelten Stoffe aus Ziegel- und Betonrecyclaten, die im Straßen- und Wegebau eingesetzt werden konnten. Ebenfalls für diesen Zweck bereiteten die zusätzlich in die Erhebung einbezogenen 18 Asphaltmischanlagen 191 Tsd. t Ausbauphosphat als Heißmischgut auf.

Indikatoren für den Zustand der schleswig-holsteinischen Agrarlandschaft

Schritte zu regionalen Umweltökonomischen Gesamtrechnungen

Der Autor dieses Aufsatzes erwarb an der University of Maine (USA) den akademischen Grad eines Master of Science in Botany and Plant Pathology. Er ist gegenwärtig als Biologe am Ökologie-Zentrum der Universität Kiel angestellt und war zeitweise im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein im Dezernat „Umweltökonomische Gesamtrechnungen“ beschäftigt. Die an dieser Stelle publizierte Arbeit hat ihren Ursprung im Wesentlichen in dieser Zeit. Der ausgeprägte Zusammenhang zwischen amtlicher Statistik und universitärer Forschung zum Themenbereich „Indikatoren für den Umweltzustand“ wird in diesem Beitrag deutlich.

Regionale Umweltökonomische Gesamtrechnungen

Im Jahre 1998 wurde eine Kooperation zwischen dem Ökologie-Zentrum der Universität Kiel (ÖZK) und dem Statistischen Landesamt (StatLa) Schleswig-Holstein vereinbart. In dem Bestreben, die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) zu regionalisieren, wurde damit Neuland betreten. Von der Verknüpfung von Datenmaterial aus den Agrarstatistiken des StatLa mit digitaler Flächeninformation und ökologischen Modellen des ÖZK können Impulse für die Weiterentwicklung der UGR ausgehen. Es entstehen neue, für die Regionalentwicklung und für die Landesplanung in Schleswig-Holstein interessante Indikatoren des Umweltzustandes.

Ein Ziel der UGR ist es, Zustand und vor allem Veränderungen im „Naturvermögen“ statistisch zu erfassen. Natur kann dabei als ein Produktionsfaktor angesehen werden, dessen Endlichkeit und Knappheit nicht nur aus ökologischer Sicht betrachtet werden muss. Vielmehr sollte diese Überlegung auch in alle wirtschaftlichen Planungen mit einfließen.

Das methodische Konzept der UGR wurde vom Statistischen Bundesamt (StatBa) für die nationale Ebene entwickelt¹ und soll Antworten auf eine Reihe wirtschafts- und umweltpolitischer Fragen geben.² Struktur- und Umweltpolitik benötigen Daten über die zeitliche Entwicklung des Einsatzes von Rohstoffen, Energie und Bodenflächen in den Sektoren der Wirtschaft sowie Informationen über an die Umwelt abgegebene Stoffe, um zu beurteilen, ob ein effizienterer Umgang mit den natürlichen Ressourcen abseh-

bar ist. Hochaggregierte Indikatoren über den Umweltzustand sollen qualitative Veränderungen in einer standardisierten Form zeigen. Die Aufwendungen für die tatsächlich durchgeführten Umweltschutzmaßnahmen werden ebenfalls erhoben. Weiterhin werden die Vermeidungskosten für zusätzliche präventive Maßnahmen geschätzt, um Abwägung und Entscheidung zwischen unterschiedlichen Umweltqualitätsstandards zu ermöglichen. Die Standards stellen Zielgrößen im Sinne von physischen Reduktionszielen dar, die für einzelne, gravierende Belastungsfaktoren aufgestellt werden. Auf der folgenden Seite ergibt sich in übersichtlicher grafischer Form ein Bild des UGR-Konzepts.

Doch nicht nur für die nationale Ebene ist die Notwendigkeit erkannt worden, systematisch Informationen über den Umweltzustand zusammenzutragen und aufzubereiten. Das StatLa Schleswig-Holstein arbeitet seit 1992 daran, das Konzept der UGR regional umzusetzen. Über die Weiterentwicklungen und Anwendungen wurde in den Statistischen Monatsheften berichtet.³ Mittlerweile konnte auch eine Reihe regionaler Auswertungen für Schleswig-Holstein vorgelegt werden.⁴

Die bisherigen regionalen Auswertungen vollziehen die Entwicklungen der bundesweiten UGR gleichsam

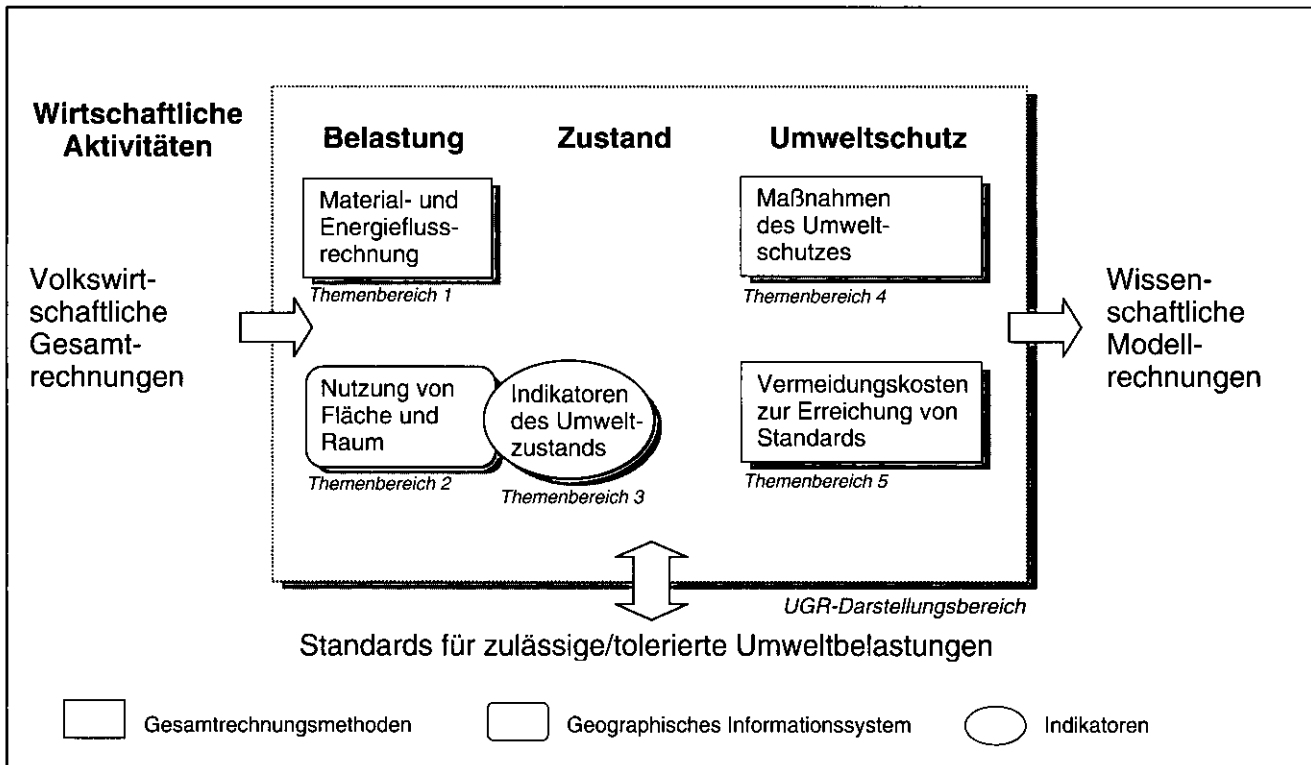
¹ Statistisches Bundesamt (1991a), Wege zu einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung, Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Band 16, Wiesbaden

² Statistisches Bundesamt (1998), Umweltökonomische Gesamtrechnungen – Basisdaten und ausgewählte Ergebnisse – 1998, Fachserie 19, Reihe 4, S. 18

³ Lawatscheck (1992), Konzeption für eine Umweltökonomische Gesamtrechnung, Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein 7/1992; weitere Veröffentlichungen siehe auch Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein 11/1993; 6/7/1994; 6/1995

⁴ Lawatscheck (1992), Erste Ansätze zu einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung in Schleswig-Holstein, Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein 7/1992; weitere Veröffentlichungen siehe auch Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein 11/1995 und Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (1998), Umweltökonomische Gesamtrechnungen: Luftemissionen in Schleswig-Holstein 1997, Statistische Berichte Q V 1 – j/97

Abb. 1: Konzept der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Umweltökonomische Gesamtrechnungen – Basisdaten und ausgewählte Ergebnisse –, Fachserie 19, Reihe 4, 1998, S. 18

im „Windschatten“ des StatBas nach.⁵ Innerhalb des UGR-Themenbereichs „Indikatoren des Umweltzustandes“ betritt das StatLa Schleswig-Holstein jedoch durch die Kooperation mit dem ÖZK konzeptionelles Neuland. Die Beschreibung des Umweltzustandes stellt die Statistik allgemein vor besondere Probleme, da sich die Kosten eines flächendeckenden Messprogramms meist prohibitiv auswirken. Die im Zuge der Zusammenarbeit vorgenommene Verknüpfung von Datenmaterial der Agrarstatistiken mit Fernerkundungsdaten zur Landnutzung und moderner ökologischer Modellierungskapazität eröffnet in dieser Situation der regionalisierten Beobachtung des Umweltzustandes neue Möglichkeiten. Da nahezu ausschließlich auf bundeseinheitlich erhobene Daten zurückgegriffen wurde, kann dieser Beitrag zur Weiterentwicklung der UGR auch auf der nationalen Ebene dienen.

Funktionsfähigkeit von Ökosystemen und Landschaften

Die statistische Erfassung des Umweltzustandes wird nach dem Konzept der UGR vom StatBa aus drei komplementären Blickwinkeln gesehen.⁶ Vorgesehen ist, die physische Struktur der Ökosysteme und Landschaften über eine ökologische Flächenstichprobe zu erfassen. Stoffliche Belastungen und Beeinträchtigungen werden weitgehend im Rahmen der vorhandenen medialen Messnetze ermittelt, während für die Erhebung der Funktionalität der Ökosysteme und Landschaften auf die ökosystemare Umweltbeobachtung und die Erkenntnisse der bundesdeutschen Ökosystemforschung zurückgegriffen werden soll. Die Daten der Agrarstatistik lassen sich für jeden der drei angeführten Aspekte nutzbar machen. Das in diesem Aufsatz vorgestellte Projekt konzentriert sich

⁵ Lawatschek (1997), Die Umweltökonomische Gesamtrechnung – ein sinnvolles und operationales Instrument zur Beurteilung einer „nachhaltigen Entwicklung“, Bayern in Zahlen 6/1997, S. 213 u. 223

⁶ Statistisches Bundesamt (1995), Zwischenbericht zum Indikatorprojekt für die Umweltökonomische Gesamtrechnung, Wiesbaden und Hoffmann-Kroll et al. (1997), Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 10/1997

auf den dritten Aspekt, die Ableitung und Errechnung von „Funktionalitäts-Indikatoren“ für Ökosysteme und Landschaften. Die Funktionalitäts-Indikatoren lassen sich anhand ökologischer Landschaftsmodelle errechnen, da eine direkte Messung der potentiell relevanten Größen in der erforderlichen räumlichen Dichte nicht zu erreichen ist.

Nicht nur das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein kooperiert mit dem ÖZK. In Fragen der Ermittlung des Umweltzustandes arbeitet auch das StatBa mit dem ÖZK an der Ableitung von ökologischen Zustandsindikatoren.⁷ An dieser Kooperation auf Bundesebene ist außerdem die Forschungsstelle für Umweltpolitik an der FU Berlin beteiligt. Die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf diesem Gebiet sind zwar noch nicht abgeschlossen, die Umriss- und Aufgaben der Indikatorkonzeption sind jedoch bereits sichtbar. Auf dieser Grundlage wird im laufenden Projekt der Versuch unternommen, beispielhafte Indikatorgrößen flächendeckend für die schleswig-holsteinische Agrarlandschaft zu errechnen.

Digitale Landschaftsanalyse und Landschaftsmodellierung

Da Landschaftsanalyse und -modellierung den Anspruch haben, landschaftliche Prozesse möglichst flächendeckend zu erfassen, können sie sich nicht auf die Untersuchung kleiner Beispielflächen beschränken. Sollen jedoch große Flächen auf der Ebene ganzer Naturräume oder Bundesländer untersucht werden, steigen die Anforderungen an die Datenverfügbarkeit erheblich. So erfordert das vom ÖZK genutzte Methodenpaket zur digitalen Landschaftsanalyse DILAMO⁸ sowohl Boden-, Gewässer- und Nutzungsdaten als auch ein digitales Höhenmodell des Untersuchungsgebietes. Flächendeckung und Genauigkeit der Analyse stehen aus praktischen Gründen jedoch regelmäßig in einem Zielkonflikt, da die erforderliche hohe Dichte der Primärdaten nur für kleine Teilgebiete vorhanden oder aufbereitet ist.

⁷ Müller (1998), Ableitung von integrativen Indikatoren zur Bewertung von Ökosystemzuständen für die Umwelt-ökonomischen Gesamtrechnungen, Beiträge zu den UGR, Band 2/1998; vgl. auch Kutsch et al. (2000), In search of indicators for ecological integrity, Ecosystems, eingereicht; Barkmann (2000), Eine Leitlinie für die langfristige Vorsorge vor ökologischen Gefährdungen. Beitrag zur Tagung der AG Theorie der Deutschen Gesellschaft für Ökologie in Blaubeuren, März 1999, eingereicht

⁸ Reiche, Meyer und Dibbern (1999), Modelle als Bestandteile von Umweltinformationssystemen dargestellt am Beispiel des Methodenpaketes „DILAMO“, in: Blaschke, Umweltmonitoring und Umweltmodellierung. GIS und Fernerkundung als Werkzeuge einer nachhaltigen Entwicklung, H. Wichmann, Heidelberg

Am Beispiel der Bodendaten soll kurz vorgestellt werden, wie DILAMO mit eingeschränkter Datenverfügbarkeit umgeht. Für weite Teile Schleswig-Holsteins gibt es keine für diesen Zweck hinreichend aussagekräftigen Bodenkarten. Verglichen mit dem Datenerfordernis ökologischer Landschaftsmodellierung sind jedoch selbst neuere, höher auflösende Bodenkarten unzureichend. Die Kernkomponente des Methodenpakets DILAMO, das Wasser- und Stofftransportmodell WASMOD⁹, benötigt beispielsweise für jeden der 15 modellierten Bodenhorizonte einen umfangreichen Satz bodenphysikalischer und bodenchemischer Parameter, u. a. K_f -Wert, Humusgehalt, C/N-Verhältnis, Tongehalt etc. Derartige Informationen sind in analogen Medien, z. B. klassischen Karten, kaum darstellbar.

Mit der Reichsbodenschätzung liegt jedoch eine schlagbezogene Datenquelle vor, die eine modellhafte Ableitung der gesuchten Parameter gestattet. Die seit den Dreißigerjahren fortgeschriebene Reichsbodenschätzung bildet die Grundlage einer einheitlichen Ertragsschätzung und Besteuerung landwirtschaftlicher Flächen. Ein EDV-Programm (BOSSA-SH), das die Original-Grablochbeschreibungen der Reichsbodenschätzung auswertet, wurde vom ÖZK-Wissenschaftler E.-W. Reiche im Auftrag des schleswig-holsteinischen Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten bis zur kommerziellen Anwendungsreife entwickelt.¹⁰ Da die Digitalisierung der Bodenschätzungsdaten jedoch noch nicht abgeschlossen ist und Schätzdaten für Acker und Grünland vorhanden sind, aber z. B. für Wälder und Siedlungsflächen weitgehend fehlen, wurde ein weiteres DILAMO-Modul entwickelt, das in Form eines Expertensystems diese Lücken schließt (SURREAL¹¹). Die weiteren Module der digitalen Landschaftsanalyse sorgen im Wesentlichen für eine Einordnung der einzelnen Flächen in den hydrologischen Landschaftszusammenhang.

Die oben angesprochenen DILAMO-Module analysieren die sich nur langsam verändernden naturräumlichen Grunddaten einer Landschaft oder eines Ökosystemkomplexes. Eine Modellierung von ökologischen Funktionalitäts-Indikatoren kann sich jedoch nicht auf eine Analyse dieser vergleichsweise trägen

⁹ Reiche (1994), Modelling water and nitrogen dynamics on catchment scale. Ecological Modelling 75/76: 371-384

¹⁰ Reiche (1998), BOSSA-SH - Übersetzung und Auswertung der Profilbeschreibungen der Bodenschätzung als Grundlage für die Bodenbewertung in der Landschaftsplanung. Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.)

¹¹ Fink (1997), Methodische Untersuchungen zur räumlichen Zuordnung von Daten der Bodenschätzung unter Verwendung eines digitalen Höhenmodells. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Geographisches Institut CAU Kiel

Komponenten des Umweltzustandes beschränken. Von größerem Interesse ist eine Modellierung hochfrequenter Prozesse, aus denen sich Umwelt-Zustandsindikatoren im engeren Sinne gewinnen lassen. So bemisst sich beispielsweise das Austragspotential an gewässerbelastenden Stickstoffverbindungen auch anhand der Entfernung einer Fläche vom nächsten Vorfluter oder der Bodenbeschaffenheit. Ob und in welchem Umfang ein Austrag tatsächlich besteht, hängt jedoch unmittelbar von Art und Intensität der Flächennutzung ab.

Ziel der Modellierung landwirtschaftlicher Flächennutzung anhand statistischen Materials

Im Norddeutschen Tiefland stellt die Landwirtschaft den landschaftsprägenden Kulturfaktor dar. Entsprechend bedeutsam ist der durch die Flächennutzung vermittelte landwirtschaftliche Einfluss auf die Zustände, Strukturen und Prozesse der Ökosysteme im ländlichen Raum. Die Modellierung dieser landwirtschaftlichen Flächennutzung stützt sich hier auf drei sehr unterschiedliche statistische Datenquellen. Aus dem UGR-Themenbereich „Nutzung von Fläche und Raum“ stammt der digitale Datenbestand CORINE Land Cover¹², der auf der Grundlage einer Satellitenbilddauswertung eine recht grobe Differenzierung der Flächennutzung bereitstellt. CORINE Land Cover ist ein EU-weites Projekt im Verantwortungsbereich der sogenannten Europäischen Umweltagentur. Die von CORINE geleistete Unterscheidung von Wald, Siedlungs-, Acker- und Grünlandflächen ist für die Landschaftsmodellierung von besonderem Interesse. Die landesweite Nutzung noch höher auflösender „Geometrien“, etwa des Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystems des Landesvermessungsamtes Schleswig-Holstein (ATKIS), ist derzeit im ÖZK aus Gründen der Rechnerkapazität noch nicht möglich.

Daten der Agrarstatistik des StatLas Schleswig-Holstein fließen auf zweierlei Weise in die Modellierung der Flächennutzung ein (siehe Abbildung 2). Einerseits stellt sie Daten aus der Bodennutzungserhebung und der Viehzählung über den Ist-Zustand bereit. Andererseits lassen sich aus den Daten der Agrarstrukturerhebung grundlegende Variablen für eine Abschätzung der zukünftigen Veränderungen von Flächennutzung und Viehbestand gewinnen. Diese zweite Komponente ist von besonderer Bedeutung, da eine vorausschauende Agrar- und Umweltpolitik nicht allein Indikatoren für den gegenwärtigen

Umweltzustand benötigt. Ebenso wichtig ist die Fähigkeit, die zukünftigen Auswirkungen heute anstehender, umweltrelevanter Entscheidungen abzuschätzen zu können.

Der landwirtschaftliche Einfluss auf eine Veränderung der Flächennutzung resultiert aus dem Zusammenspiel agrarökonomischer Marktsignale und regionaler Wirtschaftsweisen mit Faktoren auf der Ebene des landwirtschaftlichen Einzelbetriebes. Zu nennen wären hier beispielsweise die individuelle Erfahrung des Landwirtes und der Landwirtin sowie die Kapital- und Flächenausstattung des Hofes. Die Faktoren wirken dabei sowohl auf eher kurzfristige Entscheidungen, z. B. auf eine Veränderung der Fruchtfolge oder die Bearbeitungsintensität, wie auch auf grundlegende Entscheidungen mit langfristigen Folgen. Zu solchen Entscheidungen gehört u. a. die Verpachtung oder anderweitige Aufgabe des Hofes oder auch eine erhebliche Investition, die auf die Erschließung neuer landwirtschaftlicher Aktivitäten zielt. Da Nutzungsaufgabe oder -intensivierung auf Grünlandstandorten einen flächenmäßig bedeutenden Einfluss auf die Landschaftsentwicklung in Schleswig-Holstein nehmen¹³, bilden Sukzessionsprozesse im Grünland einen Schwerpunkt der Modellierung.

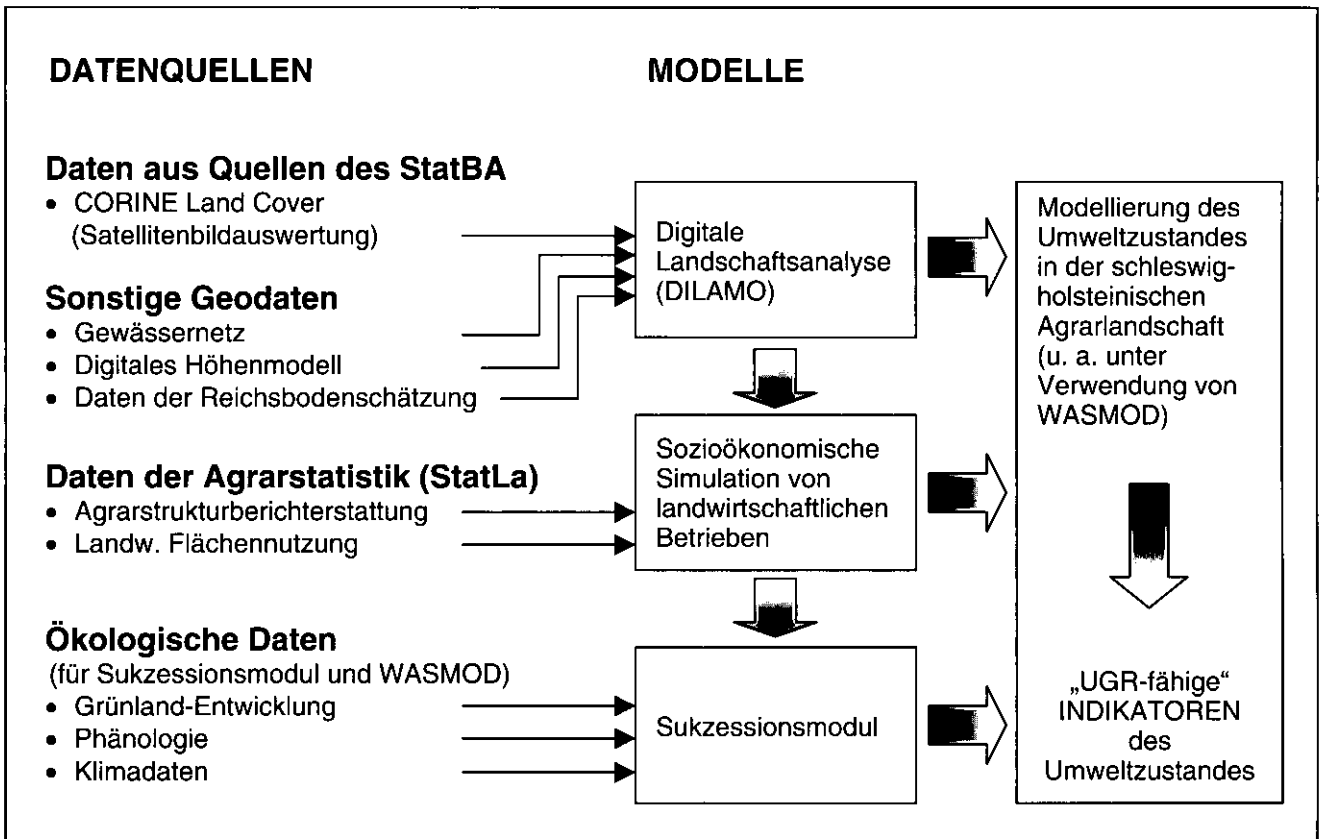
Bislang wurden in der Forschung zur flächenhaften Modellierung der Agrarökonomie größerer Gebiete – und damit implizit der Flächennutzung – generalisierte landwirtschaftliche Betriebstypen eingesetzt.¹⁴ Die hochgradig nicht-lineare Wechselwirkung zwischen den ökonomischen und den naturräumlichen Faktoren auf der Ebene des individuellen Einzelbetriebes bedingt allerdings ein komplexes Muster tatsächlicher Flächennutzungsentscheidungen. Auf der Grundlage generalisierter Betriebstypen lässt sich dieses Muster der Flächennutzungsentscheidungen nur sehr unvollständig modellieren. Für eine Abschätzung der vornehmlich ökonomischen Auswirkungen agrarpolitischer Entscheidungen mag eine Modellierung anhand von Betriebstypen ausreichend sein; für die Modellierung der flächenbezogenen landwirtschaftlichen Bodennutzung ist eine detailliertere Betrachtung des Einzelhofes wünschenswert. Innerhalb des Ökosystemforschungsvorhabens „Bornhöveder Seenkette“ wurde daher ein Betriebsleiter-Entscheidungsmodell entwickelt und getestet, das unter Einsatz agrarökonomischer Standardverfahren eine Flächennutzungsplanung auf der Ebene des

¹² Statistisches Bundesamt (1997), Informationsblatt zur CD-ROM „Daten zur Bodenbedeckung für die Bundesrepublik Deutschland“, Wiesbaden, Dezember 1997

¹³ Schrautzer & Jensen (1998/99), Quantitative und qualitative Auswirkungen von Sukzessionsprozessen auf die Flora der Niedermoorstandorte Schleswig-Holsteins. Zeitschrift für Ökologie und Naturschutz 7: 219-240

¹⁴ siehe z. B. Weingarten (1995): Das „Regionalisierte Agrar- und Umweltinformationssystem für die Bundesrepublik Deutschland“ (RAUMIS), Berichte über Landwirtschaft, 73: 272-303

Abb. 2: Verknüpfung unterschiedlicher statistischer und nichtstatistischer Datenquellen mit ökologischen Modellen für die Erstellung von Indikatoren für den Umweltzustand in Rahmen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen in Schleswig-Holstein



Einzelhofes vornimmt.¹⁵ Dieses Modell wird innerhalb des Projekts auf seine Einsetzbarkeit auf unterschiedlichen Maßstabsebenen geprüft werden.

Eine Betrachtung auf der Ebene des landwirtschaftlichen Einzelbetriebes erfordert jedoch zusätzlich zur Nutzungsinformation in der Fläche Daten über die Zuordnung von Flächen und Flächennutzungsmöglichkeiten zu den individuell zu modellierenden Einzelbetrieben. Der Einsatz differenzierter agrarstatistischer Daten dient der Untersuchung, in welchem Umfang die aufwendigere Modellierung von Einzelbetrieben tatsächlich zu einer verbesserten Abbildung der ökologischen Prozesse in der Landschaft führt. Agrarstatistische Daten einzelner Betriebe dürfen aber in der Wissenschaft nur genutzt werden, wenn sie „faktisch anonym“ in einem bestimmten Sinne sind. Auf dieses Problem wird noch näher eingegangen.

¹⁵ Dibbern (1999), Ökologisch-ökonomische Modellierung von Landnutzungssystemen – Ein Beitrag zur verbesserten Bewertung dauerhaft umweltgerechter Entwicklungen in der Flächennutzung. Dissertation Kiel, in Vorbereitung

Flächenbezug und Betriebsortprinzip

Da die Agrarstatistik vornehmlich als Informationsinstrument für die Agrarpolitik und nicht für die Umweltpolitik konzipiert wurde, ergeben sich aus Sicht einer UGR-Nutzung wichtige Einschränkungen bei der Verwendung agrarstatistischer Daten. Hier ist besonders der aus Umweltsicht „eingeschränkte“ Flächenbezug der Agrarstatistik zu nennen.

Die Erhebungen der Agrarstatistik erfolgen nämlich nach dem „Betriebsortprinzip“, d. h. alle Flächennutzungen eines Betriebes werden unter derjenigen Gemeinde erfasst, in der sich die Hofstelle befindet. Liegen zum Beispiel nur die Hauptgebäude eines landwirtschaftlichen Betriebes und die Hauskoppel innerhalb des Gebietes der Gemeinde A, sämtliche anderen Grünland- und Ackerflächen jedoch innerhalb der Grenzen von Gemeinde B, werden diese Grünland- und Ackerflächen von der Agrarstatistik als Folge des Betriebsortprinzips als Flächennutzung der Gemeinde A ausgewiesen. Für viele statistische Fragestellungen führt das Betriebsortprinzip zur einer sachgerechten Zuordnung der landwirtschaftlichen

Betriebe. Aus umweltökonomischer Sicht bedarf die Flächenzuordnung der ausgewiesenen Landnutzungen nach dem Betriebsortprinzip jedoch einer Korrektur auf Gemeindeebene.

Eine gewisse Korrekturmöglichkeit ergibt sich aus dem Vergleich der Nutzungsinformation der Agrarstatistik mit den statistischen Auswertungen von Bodenflächen nach der „Art der tatsächlichen Nutzung“, die auf den amtlichen Daten der Liegenschaftskataster beruht und daher einen exakten Gemeindebezug besitzt.¹⁶ Der Vergleich zwischen Agrarstatistik und Katasterinformation kann selbst bei guter Übereinstimmung der Angaben zur „Landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)“ mit der etwas davon abweichend definierten „Landwirtschaftsfläche“ die räumlich korrekte Flächenzuordnung nicht garantieren. Großen Abweichungen ist daher gezielt nachzugehen.

Da für die Festlegung von ökologischen Funktionalitäts-Indikatoren durch das ÖZK auf der Ebene eines Bundeslandes (a) ein exakter Gemeindebezug von untergeordneter Bedeutung ist und (b) das Betriebsortprinzips ohnehin keine exakte Zuordnung zulässt, erfolgt die Flächenzuweisung zu Modellflächen innerhalb des Geographischen Informationssystems (GIS) nach Plausibilitätskriterien. Die GIS-Modellflächen, die das Hauptergebnis der digitalen Landschaftsanalyse darstellen, bilden die Grundlage für die Zuordnung, da sich ihnen eine durchschnittliche Bodenqualität zuordnen und so ihre landwirtschaftliche Nutzungseignung spezifizieren lässt. Aufgrund der räumlichen Auflösung der Eingangsdaten (CORINE, digitales Höhenmodell etc.) entsprechen diese Modellflächen allerdings nicht tatsächlichen Schlägen. Es handelt sich vielmehr um abstrahierte räumliche Konstrukte mit „einheitlichen“ bodenkundlich-topographischen Eigenschaften. Im GIS-Sprachgebrauch werden die sich so ergebenden Flächen „kleinste gemeinsame Geometrien“ oder „Polygone“ genannt. Die nach dem Betriebsortprinzip ausgewiesenen Nutzungen auf dem Gebiet einer Gemeinde werden daher nach landwirtschaftlichen Eignungsgesichtspunkten nicht nur auf die betreffende Gemeinde selbst, sondern auch auf geeignete Polygone umliegender Gemeinden verteilt. Bereits die einfache Anwendung eines solchen Verteilungsverfahrens führt erfahrungsgemäß zu einer drastischen Verringerung der Abweichungen zwischen agrarstatistisch ausgewiesener Flächennutzung und Katasterinformation. Das GIS bietet die Möglichkeit, den Verteilungsschritt weitgehend zu automatisieren und iterativ ablaufen zu las-

sen. Persistente Fehlzusweisungen, die sich bereits nach dem ersten Vergleich mit den Katasterdaten abzeichneten, werden manuell korrigiert.

Statistische Geheimhaltung und Anonymisierung

Die in diesem Projekt vorgesehenen Modellierungen auf regionaler Ebene zur Quantifizierung von Funktionalitäts-Indikatoren machen die Nutzung von Mikrodaten notwendig. Die üblicherweise in den Wirtschaftsstatistiken anzuwendenden Anonymisierungsverfahren auf aggregierter Ebene kamen daher nicht in Betracht. Für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben können die Statistischen Ämter nach Maßgabe des § 16 Abs. 6 Bundesstatistikgesetz¹⁷ *faktisch anonymisierte Mikrodaten* übermitteln. Die faktische Anonymisierung statistischen Materials, das

- a) einen Flächenbezug auf Gemeindeebene besitzt und das
- b) mehrere Merkmale umfasst,

stellt für die Statistik ein anspruchsvolles Problem dar. Aus der Kombination der Gemeindezugehörigkeit, einer kleinen Auswahl aussagekräftiger Merkmale wie etwa Flächen- und Viehbestand sowie einer durchschnittlichen Ortskenntnis könnte nämlich auf den Einzelbetrieb geschlossen werden. Es wurde daher ein Anonymisierungsverfahren im StatLa Schleswig-Holstein eingesetzt und geprüft, das den Anforderungen statistischer Geheimhaltung genügt, gleichzeitig jedoch eine angemessene wissenschaftliche Auswertung der anonymisierten Daten ermöglicht. Die Grundidee des gewählten Anonymisierungsverfahrens besteht darin, jedes Mikrodatum durch eine Zufallszahl zu ersetzen, die zwar im Landesdurchschnitt gewisse Eigenschaften der Mikrodaten abbildet, jedoch keinerlei Rückschlüsse auf den einzelnen Originalwert zulässt. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung, die den Belangen der statistischen Geheimhaltung zukommt, soll für einschlägig interessierte Leserinnen und Leser etwas eingehender auf die technischen Einzelheiten der Anonymisierung eingegangen werden.

Das entwickelte Anonymisierungsverfahren besteht aus zwei Hauptschritten, die als SPSS-Skript programmiert wurden. Das Skript greift auf den schleswig-holsteinischen Mikrodatensatz der Landwirtschaftszählung 1991 zu, der vom damals üblichen sequenziellen Datenformat („Magnetband“) in Tabellenform überführt wurde. Die Tabelle kann als Matrix

¹⁶ Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (1998), Statistischer Bericht CI/S – 4 j/97, „Bodenflächen in Schleswig-Holstein 1997 nach der Art der tatsächlichen Nutzung“

¹⁷ vgl. § 16 Abs. 6 Bundesstatistikgesetz, BGBl I, S. 462 vom 22.01.1987

LZ der Landwirtschaftszählungsergebnisse aufgefasst werden. Die Matrix besitzt die folgende Struktur:

$$LZ = \begin{bmatrix} D_{11} & D_{12} & D_{1j} & D_{1m} \\ D_{21} & D_{22} & D_{2j} & D_{2m} \\ D_{31} & D_{32} & D_{3j} & D_{3m} \\ D_{i1} & D_{i2} & D_{ij} & \dots \\ D_{n1} & D_{n2} & \dots & D_{nm} \end{bmatrix}$$

In der Matrix sind die einzelnen Betriebe in den Zeilen 1 bis n angeordnet. Mit n ist daher die Gesamtzahl der erfassten Betriebe gekennzeichnet; die Zeilen (Betriebe) tragen den Laufindex i. Die Merkmale sind in den Spalten 1 bis m zu finden. Die Gesamtzahl der einzelnen Merkmale ist mit m bezeichnet; die Spalten (Merkmale) tragen den Laufindex j. Ein einzelner Wert in der Matrix kann so über die Angabe von Zeilen- und Spaltenindex identifiziert werden: die Merkmalsausprägung des j-ten Merkmals des i-ten Betriebes (also das einzelne Mikrodatum) wird als D_{ij} bezeichnet.

Im ersten Schritt der Anonymisierung wurde der Datensatz für die Erzeugung der Zufallszahlen vorbereitet. Zunächst wurden die einzelnen Merkmale zu 24 inhaltsähnlichen Gruppen zusammengefasst. Eine Gruppe inhaltsähnlicher Merkmale besteht beispielsweise aus den Merkmalen zur Fläche des Getreideanbaus oder zur Zahl der gehaltenen Rinder. Die Gruppen inhaltsähnlicher Merkmale erhalten den Laufindex k. Für jede Gruppe inhaltsähnlicher Merkmale wurden dann landesweite Werte für zentrale Tendenz und Streuung ermittelt (Mittelwert μ und Standardabweichung σ). Gehören beispielsweise die Merkmale $j = 1$ bis $j = 8$ zur *ersten* Gruppe inhaltsähnlicher Merkmale ($k = 1$), so wird für jeden Betrieb i eine Gruppensumme $GS_{i,k}$ über diese Merkmale errechnet:

$$GS_{i,1} = \sum_{j=1}^8 D_{ij}$$

Für jede der 24 Gruppen inhaltsgleicher Merkmale wird anschließend das arithmetische Mittel aller landesweit erfassten Betriebe ermittelt. Da es sich bei der Landwirtschaftszählung nicht um eine *Stichprobe*, sondern um eine Erfassung der gesamten *Population* handelt, kann der landesweite Mittelwert jeder Gruppensumme mit dem Symbol μ_k für den Populationsmittelwert bezeichnet werden:

$$\mu_k = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^n GS_{i,k}$$

Für die Berechnung eines aussagekräftigen Maßes für die Streuung um den landesweiten Mittelwert aller Betriebe wird entsprechend auf die Formel für die Standardabweichung von Populationen zurück gegriffen¹⁸:

$$\sigma_k = \sqrt{\frac{1}{n} \cdot \sum_{i=1}^n (GS_{i,k} - \mu_k)^2}$$

Anhand der Mittel- und Streuungswerte erfolgte im zweiten Schritt eine Randomisierung jedes einzelnen Mikrodatums D_{ij} der Matrix. Für jede Gruppe inhaltsähnlicher Merkmale eines jeden Betriebes wurde mit der SPSS-Funktion *RV.NORMAL* eine μ, σ -normalverteilte Zufallszahl erzeugt¹⁹. Als Mittelwert der Normalverteilung, aus der die Zufallszahl „gezogen“ wird, wurde die jeweilige Gruppensumme $GS_{i,k}$ vorgegeben; als Standardabweichung wurde σ_k eingesetzt:

$$GS\text{-Rand}_{i,k} = RV.NORMAL(GS_{i,k}, \sigma_k)$$

Die gezogene Zufallszahl $GS\text{-Rand}_{i,k}$ bezeichnet damit eine „randomisierte“ Gruppensumme. Ausgehend von den Werten für $GS\text{-Rand}_{i,k}$ wurde jedes einzelne Mikrodatum D_{ij} durch einen randomisierten Wert $D\text{-Rand}_{ij}$ ersetzt, der um den zufälligen Faktor $GS\text{-Rand}_{i,k} / GS_{i,k}$ vom Originalwert abweicht:

$$D\text{-Rand}_{ij} = D_{ij} \cdot GS\text{-Rand}_{i,k} / GS_{i,k}$$

Dieses Verfahren ordnet zwar in der Mehrzahl der Fälle großen Höfen auch im anonymisierten Datensatz hohe Werte zu, für den Einzelbetrieb ist jedoch keinerlei Aussage über dessen Größe möglich. Durch die Aufteilung in 24, von einander unabhängig randomisierte Merkmalsgruppen ist es weiterhin unmöglich, eine Kombination der Werte verschiedener Merkmalsgruppen – etwa die des Rindviehbestandes und des Getreideanbaus – zu nutzen, um auf den Ursprungsbetrieb zu schließen. Der Verlust an Datenqualität durch die Randomisierung ist erheblich, wurde aber im Sinne einer konsequenten Anonymisierung in Kauf genommen.

Im Anschluss an die Anonymisierung können grobe Abweichungen des randomisierten Datensatzes von

¹⁸ vgl. Bortz (1993), Statistik – Für Sozialwissenschaftler. Springer-Verlag, Berlin, S. 42 u. S. 632

¹⁹ Da die empirischen Verteilungen fast aller Merkmale nicht normalverteilt, sondern stark linkssteil sind, arbeitet die tatsächliche Berechnung mit log-transformierten Werten. Damit wird die empirische Verteilung einer Normalverteilung angenähert, um den Fehler bei Verwendung einer normalverteilten Zufallszahl zu reduzieren. Die Transformation hat jedoch keine Auswirkungen auf das Anonymisierungsverfahren als solches; von einer detaillierten Darstellung wird daher abgesehen.

den veröffentlichten Ergebnissen der Landwirtschaftszählung korrigiert werden. Liegt beispielsweise die landesweite Anbaufläche von Roggen im randomisierten Datensatz bei 51 464 ha statt bei den ausgewiesenen 41 171 ha werden die Roggenflächen aller Betriebe im anonymisierten Datensatz mit $41\,171 / 51\,464 = 0,8$ multipliziert. Nach dieser Renormierung zeigt auch der randomisierte Datensatz eine Roggenanbaufläche von 41 171 ha. Dieses Verfahren kann bei Bedarf auf Kreis- und Gemeindeebene wiederholt werden – sofern die Kreis- oder Gemeindegemeinden nicht ihrerseits der statistischen Geheimhaltung unterliegen, etwa weil es nur einen Roggen-anbauenden Betrieb in einer bestimmten Gemeinde gibt. Auf diese Weise bleibt die Re-Identifizierung einzelner Betriebe bei erhöhter Datenqualität ausgeschlossen. Gleichzeitig werden Inkonsistenzen zwischen den offiziellen Veröffentlichungen des StatLa und dem anonymisierten Datensatz vermieden.

Zunächst dient der anonymisierte Datensatz dem Abschluss der Modellentwicklung (siehe Abbildung 2) außerhalb des StatLa. Ohne einen „realistischen“ Datensatz ist eine solche Arbeit stark erschwert. Weiterhin sollen Eignung und Grenzen der Anonymisierungsmethode überprüft werden. Zu diesem Zweck sind die Ergebnisse von drei unterschiedlichen Modellierungen zu vergleichen. Es handelt sich (a)

um eine Modellierung allein anhand der veröffentlichten Daten der Landwirtschaftszählung, (b) um eine Modellierung anhand des anonymisierten Datensatzes und (c) um eine Modellierung anhand der originalen Mikrodaten. Sollte der Vergleich ergeben, dass die Arbeit mit dem anonymisierten Datensatz gegenüber der Arbeit mit den veröffentlichten Daten eine deutlich verbesserte Landschaftsmodellierung ermöglicht, stellt der Einsatz des Anonymisierungsverfahrens eine wertvolle Alternative zur Nutzung regulärer agrarstatistischer Veröffentlichungen dar.

Um eine Modellierung anhand der originalen Mikrodaten vornehmen zu können, wird sich nach den Entwicklungsarbeiten an den ökologischen Modellen im ÖZK eine Auswertungsphase durch den Autor im StatLa anschließen. Die Modellierung anhand des statistischen Originalmaterials wird dabei nicht nur den Vergleichsmaßstab darstellen, der an die Eignung der geschilderten Anonymisierungsmethode angelegt wird. Sie wird außerdem für die „bestmögliche“ Berechnung der Indikatoren für den Zustand der schleswig-holsteinischen Agrarlandschaft eingesetzt werden. Da als Ergebnis dieser Modellierung lediglich flächenhafte Werte für Umwelt-Zustandsindikatoren sowie grob auflösende Abschätzungen der zukünftigen Agrarentwicklung veröffentlicht werden, lassen auch diese Ergebnisse keine Re-Identifizierung statistisch geheim zu haltender Daten zu.

Jan Barkmann

Die Wohnverhältnisse der privaten Haushalte in Schleswig-Holstein 1998

Vorbemerkungen

Seit 1962/63 wird in der Bundesrepublik Deutschland die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) in fünfjährigen Abständen durchgeführt, um Daten über die wirtschaftliche und soziale Situation der privaten Haushalte zu erlangen. Für diese Statistik geben Haushalte Auskunft über soziodemographische Daten, zur Art und Höhe ihrer Einnahmen und Ausgaben, zum Sach- und Geldvermögen, zur Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern sowie zur Wohnsituation. Die Teilnahme der Haushalte an der EVS ist freiwillig, auf eine Auskunftspflicht hat der Gesetzgeber wegen des umfassenden, teilweise sensiblen Fragenprogrammes bewusst verzichtet. Durch verschiedene Werbemaßnahmen konnten die teilnahmebereiten Haushalte zur Mitwirkung gewonnen werden,¹ die dann zum Stichtag 01.01.1998 im Rahmen des Einführungsinterviews unter anderem zur eigenen Wohnsituation befragt wurden. Der Fragenkatalog zu diesem Thema umfasste:

- die Art der Hauptwohnung, in der die Haushalte lebten,
- die Eigentumsverhältnisse an der überwiegend genutzten Wohnung und
- die Wohnfläche.

In diesem Aufsatz werden die Daten über die Wohnverhältnisse privater Haushalte in Schleswig-Holstein vorgestellt und den Ergebnissen des früheren Bundesgebietes gegenübergestellt. Dabei wird im Einzelnen untersucht, welche Zusammenhänge zwischen der Wohnsituation der Privathaushalte und der Haushaltsgröße, dem Haushaltstyp sowie der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers existieren.

Am Einführungsinterview zur EVS 1998 hatten in Schleswig-Holstein 2 715 Privathaushalte teilgenommen. Hochgerechnet² waren dies in Schleswig-Holstein 1 254 000 Haushalte von verwandten oder persönlich verbundenen, aber auch familienfremden Personen, die über ein oder mehrere Einkommen gemeinsam verfügten und die zusammen wirtschafteten und wohnten. Auch allein lebende und allein wirt-

schaftende Personen bildeten einen Haushalt im Sinne dieser Erhebung. Nicht in die Stichprobe einbezogen waren aufgrund geringer Fallzahlen die Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr sowie Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

1998 waren im nördlichsten Bundesland die Gruppen der Ein- und Zweipersonenhaushalte mit je 444 000 Haushalten – das sind zum Stichtag jeweils 35,4 % aller Haushalte Schleswig-Holsteins – gleich stark vertreten. Die Zahl der Einpersonenhaushalte hat im Vergleich zur EVS 1993 um beachtliche 2,4 Prozentpunkte, die der Zweipersonenhaushalte um 1,0 Prozentpunkte zugenommen. Vergleicht man diese Quoten mit den entsprechenden Ergebnissen des früheren Bundesgebietes, so zeigt sich, dass 1998 in Schleswig-Holstein der Anteil Einpersonenhaushalte um 0,6 Prozentpunkte, der Anteil Zweipersonenhaushalte sogar um 2,2 Punkte über den Bundesergebnissen lagen. Ähnliche Unterschiede konnten auch 1993 verzeichnet werden. Gegenüber 1993 ging der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen 1998 in Schleswig-Holstein um 3,3 Prozentpunkte auf 29,3 % zurück.

Hinsichtlich des Haushaltstyps lässt sich für Schleswig-Holstein feststellen, dass 1998 gegenüber 1993 der Anteil Alleinerziehender zurückging, dagegen anteilig mehr Paare ohne Kinder gezählt wurden. Bemerkenswert ist der relativ starke Rückgang des Haushaltstyps „Paare mit einem Kind“. 1993 gehörten hierzu immerhin 13,0 % der Haushalte, fünf Jahre später nur noch 7,3 %. Leicht rückläufig sind auch die Anteile der Paare mit mehr als einem Kind. Die hier für Schleswig-Holstein aufgezeigte Entwicklung gilt auch für das frühere Bundesgebiet, wenn auch weniger ausgeprägt. Bei der Interpretation dieser Zahlen muss allerdings bedacht werden, dass 1998 ledige Personen unter 18 Jahren als Kind definiert wurden, eine Altersbegrenzung für die Definition „Kind“ bestand 1993 nicht.

Jeder zweite Haushalt von Selbstständigen lebte im Einfamilienhaus

Nach Art der Hauptwohnung werden Einfamilien-, Zweifamilienhäuser, Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen sowie sonstige Gebäude unterschieden. Im Januar 1998 lebten 48 % der schleswig-holsteinischen Privathaushalte in einem Wohngebäude mit

¹ vgl. Quiel, Th.: „Neukonzeption der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“, in: Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein 6/1999, S. 127-138.

² vgl. Kühnen, C.: „Das Stichprobenverfahren der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998“ in Wirtschaft und Statistik 2/1999, S. 111-115.

**Private Haushalte in Schleswig-Holstein und Deutschland 1993 und 1998
nach Haushaltsgröße, Haushaltstyp und sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers^a**

Haushaltsgröße Haushaltstyp Soziale Stellung	Schleswig-Holstein		Deutschland	
	1993	1998	1993	1998
	in % aller Haushalte			
	Haushaltsgröße			
Haushalte mit ... Person(en)				
1	33,0	35,4	32,6	34,8
2	34,4	35,4	31,8	33,2
3	15,7	14,0	17,2	15,3
4	12,4	11,2	13,5	12,4
5 und mehr	4,5	4,1	5,0	4,4
	Haushaltstypen			
Alleinerziehende ¹	5,7	3,0	4,1	3,1
dar. mit einem Kind ¹	(3,4)	(1,8)	2,5	2,0
Paare				
ohne Kind	27,1	30,5	26,9	28,0
mit einem Kind ¹	13,0	7,3	9,3	7,3
mit zwei Kindern ¹	11,7	8,0	9,5	9,0
mit drei und mehr Kindern ¹	3,9	3,0	3,3	2,8
	soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers²			
Selbstständige ³	7,3	7,7	6,5	7,0
Beamte	7,7	7,3	4,7	4,8
Angestellte	25,0	26,9	24,3	26,5
Arbeiter	18,4	18,4	22,6	20,9
Arbeitslose	(4,9)	6,2	4,3	6,1
Rentner	.	25,8	.	18,3
Pensionäre	.	4,2	.	1,5

^a jeweils 1. Januar

¹ ledige Kinder unter 18 Jahre; 1993: ledige Kinder ohne Altersbegrenzung

² 1993: Bezugsperson

³ Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige, Landwirte

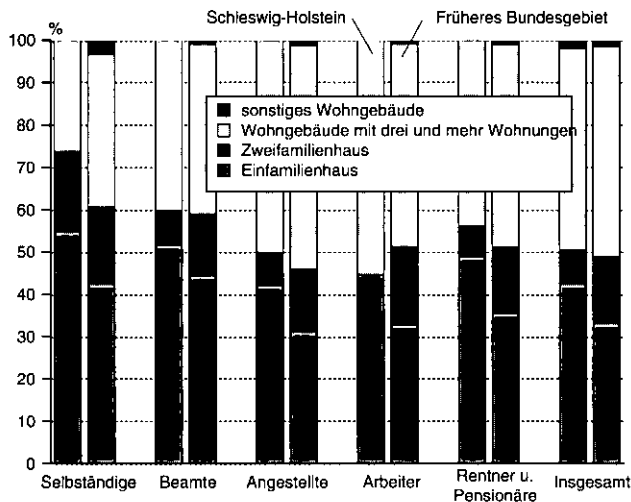
drei und mehr Wohnungen, 8 % in einem Zweifamilienhaus. Bemerkenswert ist mit 42 % der relativ hohe Anteil der Haushalte, die in einem Einfamilienhaus wohnen. Dieses Ergebnis für Schleswig-Holstein liegt um 10 Prozentpunkte über dem des früheren Bundesgebietes, wo nur jeder dritte Haushalt ein Einfamilienhaus bewohnte.

Die EVS unterscheidet die Haushalte hinsichtlich der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers in Selbstständige, Beamte, Angestellte, Arbeiter und Nichterwerbstätige wie Rentner, Pensionäre, Arbeitslose sowie Studenten. Für jede so definierte Haushaltsgruppe war in Schleswig-Holstein 1998 der Anteil der Haushalte, die ein Einfamilienhaus zur Miete oder als Eigentum bewohnten, höher als im früheren Bundesgebiet, wobei die höchste Abwei-

chung mit 13 Prozentpunkten bei den Rentnern und Pensionären und die niedrigste Abweichung mit 7 Prozentpunkten bei den Beamten festgestellt wurde. Wer wo wohnt, hängt vor allem von der Höhe des Einkommens und der sozialen Stellung des Haushalts ab. Fragen zur Einkommenssituation waren im Einführungsinterview im Rahmen der EVS nicht gestellt worden, so dass hier nur die Art der Wohnung in Beziehung zur sozialen Stellung des Bewohners aufgezeigt werden kann. Danach bevorzugen³ in Schleswig-Holstein vor allem die Selbstständigenhaushalte das Leben im Einfamilienhaus, 1998 wohn-

³ Im Einführungsinterview wurde lediglich das monatliche Haushaltsnettoeinkommen einer Einkommensgruppe zugeordnet.

Wohnverhältnisse privater Haushalte am 1. Januar 1998 nach der Art der Hauptwohnung und nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers



269921 Stat.LA S-H

ten so 52 % von ihnen. Diese Art Wohngebäude präferieren im früheren Bundesgebiet dagegen die Beamten, 44 % von ihnen lebten Anfang 1998 in Einfamilienhäusern. In Geschosswohnungen, d. h. in Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen, wohnen in Schleswig-Holstein vor allem Arbeiter, zum Stichtag der EVS lebten in dieser Art der Wohngebäude 51 % aller Arbeiterhaushalte. In den alten Bundesländern waren es die Haushalte von Angestellten (53 %), die am relativ häufigsten in Geschosswohnungen wohnten.

Mehr als die Hälfte aller Haushalte wohnten zur Miete

Immer noch wohnen mehr Haushalte zur Miete als in den eigenen vier Wänden. In Schleswig-Holstein betrug 1998 der Anteil Mieterhaushalte 55 %, im früheren Bundesgebiet 56 %. Dabei bevorzugen die Mieter eindeutig Wohnungen in Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen. In Schleswig-Holstein hatten 1998 75 % der Mieterhaushalte in dieser Art der Wohngebäude ihre Wohnung, für das frühere Bundesgebiet betrug dieser Anteil 73 %.

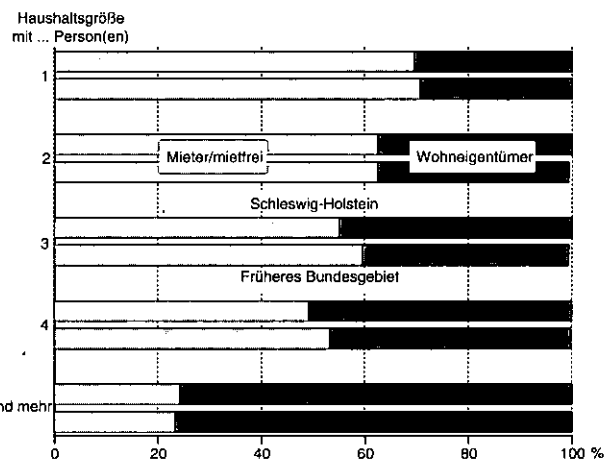
Zur Miete wohnen vorzugsweise Einpersonenhaushalte. 1998 hatten in Schleswig-Holstein gut drei Viertel dieser Haushaltsgröße eine Mietwohnung. Dieser Anteil war mit rund 80 % nur noch für die Alleinerziehenden mit einem Kind unter 18 Jahren größer. Mit zunehmender Haushaltsgröße nimmt offensichtlich die Bereitschaft ab, für das Wohnen Miete zu

zahlen und dafür der Wunsch zu, Wohneigentum zu erwerben. So zeigen die Ergebnisse der EVS 1998, dass im Vergleich zu den Einpersonenhaushalten die Zweipersonenhaushalte mit einem Anteil von nicht einmal 50 % deutlich weniger zur Miete wohnten. Das gilt auch für Paare ohne Kinder, von denen sogar zum Stichtag der EVS 1998 nur 42 % in Mietwohnungen lebten.

In Schleswig-Holstein lebten 568 000 Haushalte im eigenen Haus oder in der Eigentumswohnung. In Relation zu allen Haushalten Schleswig-Holsteins ergibt das eine Eigentumsquote von 45 %, die um 5 Prozentpunkte über der des früheren Bundesgebietes liegt. Von den Schleswig-Holsteinern, die ihr Wohneigentum als Hauptwohnung selbst nutzten, präferierten drei von vier Haushalten das Einfamilienhaus. Das Zweifamilienhaus spielte bei der Selbstnutzung mit einem Anteil von 8 % eher eine untergeordnete Rolle. Abweichend von diesem schleswig-holsteinischen Ergebnis bewohnten im früheren Bundesgebiet 63 % der Eigentümerhaushalte ein Einfamilienhaus und 17 % ein Zweifamilienhaus.

Hohe Eigentumsquoten wurden im Rahmen der EVS 1998 in Schleswig-Holstein bei den Haushalten der Selbständigen und der Beamten festgestellt. Bei allen übrigen nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers klassifizierten Haushalten lagen die Einkommensquoten unter 50 %, d. h. die jeweiligen Haushalte wohnten mehrheitlich zur Miete und nicht in den eigenen vier Wänden. Den niedrigsten Anteil selbstgenutzten Wohneigentums hatten erwartungsgemäß die Arbeitslosen. Die in diesem Abschnitt gemachten Aussagen sollen nicht weiter quantifiziert werden, da die dazugehörigen Zahlenwerte statistisch nicht sicher genug sind.

Private Haushalte am 1. Januar 1998 nach dem Wohnverhältnis und nach der Haushaltsgröße



269923 Stat.LA S-H

Durchschnittliche Wohnfläche und Anzahl der Räume privater Haushalte in Schleswig-Holstein und im früheren Bundesgebiet am 1. Januar 1998 nach Gebäudeart

Gebäudeart	Schleswig-Holstein	Früheres Bundesgebiet
Wohnfläche je Wohnung in m²		
Alle Haushalte		
Einfamilienhaus	113	124
Zweifamilienhaus	97	98
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	63	70
Sonstiges Wohngebäude	(78)	83
Insgesamt	87	92
Haushalte als Mieter/mietfrei		
Einfamilienhaus	88	95
Zweifamilienhaus	77	79
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	61	66
Sonstiges Wohngebäude	(58)	68
Insgesamt	66	71
Haushalte in Wohneigentum		
Einfamilienhaus	118	130
Zweifamilienhaus	123	120
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	76	87
Sonstiges Wohngebäude	/	125
Insgesamt	113	120
Anzahl der Räume		
Alle Haushalte		
Einfamilienhaus	4,3	4,7
Zweifamilienhaus	3,7	3,6
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	2,6	2,7
Sonstiges Wohngebäude	(2,9)	3,1
Insgesamt	3,4	3,5
Haushalte als Mieter/mietfrei		
Einfamilienhaus	3,4	3,7
Zweifamilienhaus	3,1	3,0
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	2,5	2,6
Sonstiges Wohngebäude	(2,3)	2,6
Insgesamt	2,7	2,7
Haushalte in Wohneigentum		
Einfamilienhaus	4,5	4,9
Zweifamilienhaus	4,4	4,4
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	3,1	3,2
Sonstiges Wohngebäude	/	4,6
Insgesamt	4,3	4,5

Schleswig-Holsteins Wohnungen kleiner als im früheren Bundesgebiet

Im Januar 1998 belief sich die durchschnittliche Wohnfläche der Haushalte in Schleswig-Holstein auf 87 m², im früheren Bundesgebiet auf 92 m². Zwischen Eigentümer- und Mieterhaushalten sind dabei erhebliche Unterschiede festzustellen. Im Durchschnitt lebten die Mieter in kleineren Wohnungen, wobei die Mietwohnungen in Schleswig-Holstein mit 66 m² verteilt auf drei Räumen 5 m² kleiner waren als die im früheren Bundesgebiet. Analog war das selbstgenutzte Wohneigentum im Schnitt mit 113 m² und vier Räumen ausgestattet und wies eine um 7 m² geringere Wohnfläche als in den alten Bundesländern auf.

Mietern sowie Eigentümern in Ein- und Zweifamilienhäusern in Schleswig-Holstein stand eine bis zu 46 m² oder 61 % größere Wohnfläche zur Verfügung als Mietern und Eigentümern von Wohnungen in Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen. Im früheren Bundesgebiet betrug diese Differenz bis zu 43 m² oder 49 %. Wie oben bereits aufgezeigt, lebten die Mieter durchschnittlich in kleineren Wohnungen als Eigentümer.

Je größer der Haushalt, desto größer die Wohnfläche

Die Ergebnisse der EVS 1998 bestätigen, dass die Wohnfläche umso größer ist, je mehr Personen im Haushalt leben, und dass die Pro-Kopf-Wohnfläche mit steigender Haushaltsgröße abnimmt. In Schleswig-Holstein standen den Einpersonenhaushalten durchschnittlich 62 m² Wohnfläche zur Verfügung, den Zweipersonenhaushalten 92 m² und damit 46 m² je Kopf. Die Wohnfläche pro Kopf betrug bei den Haushalten mit drei Personen 35 m², bei denen mit vier Personen waren es nur 29 m².

Haushalte von Selbstständigen bewohnten die größten Wohnungen. In Schleswig-Holstein und im früheren Bundesgebiet hatten die Selbstständigen durchschnittlich vier Räume mit insgesamt 122 m². Die kleinsten Wohnflächen besaßen die Haushalte von Arbeitslosen, die jedoch im früheren Bundesgebiet mit 75 m² und drei Räumen bei gleicher Raumzahl eine um durchschnittlich 11 m² größere Wohnung bewohnten als in Schleswig-Holstein. Auffallend groß sind die Wohnflächen der Pensionäre, die 1998 in Schleswig-Holstein über durchschnittlich 102 m² verteilt auf vier Räume und im früheren Bundesgebiet bei ebenfalls vier Räumen über 106 m² verfügten. Das kann teilweise damit erklärt werden, dass aus einstmals relativ kinderreichen Familien die inzwischen erwachsenen Kinder ausgezogen und die nunmehr im Pensionsalter stehenden Eltern oder Elternteile in den großen Wohnungen verblieben sind.

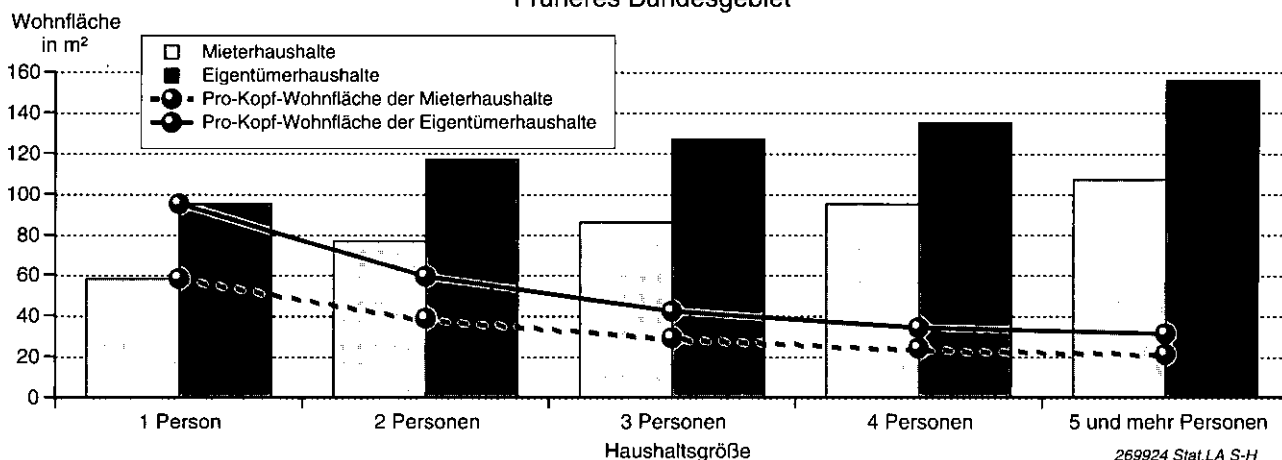
Durchschnittliche Wohnfläche und Anzahl der Räume privater Haushalte in Schleswig-Holstein und im früheren Bundesgebiet am 1. Januar 1998 nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers

Haushaltsgröße Soziale Stellung	Schleswig-Holstein		Früheres Bundesgebiet	
	Wohnfläche in m ²	Anzahl der Räume	Wohnfläche in m ²	Anzahl der Räume
Haushaltsgröße				
Haushalte mit ... Person(en)				
1	62	2,5	67	2,5
2	92	3,6	96	3,6
3	104	3,9	108	4,1
4	116	4,5	120	4,6
5 und mehr	136	5,4	141	5,6
soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers				
Selbstständige ¹	122	4,4	122	4,3
Beamte	100	3,9	108	4,1
Angestellte	89	3,5	93	3,5
Arbeiter	83	3,3	91	3,5
Arbeitslose	64	2,7	75	2,9
Rentner	82	3,3	86	3,3
Pensionäre	102	4,0	106	4,1

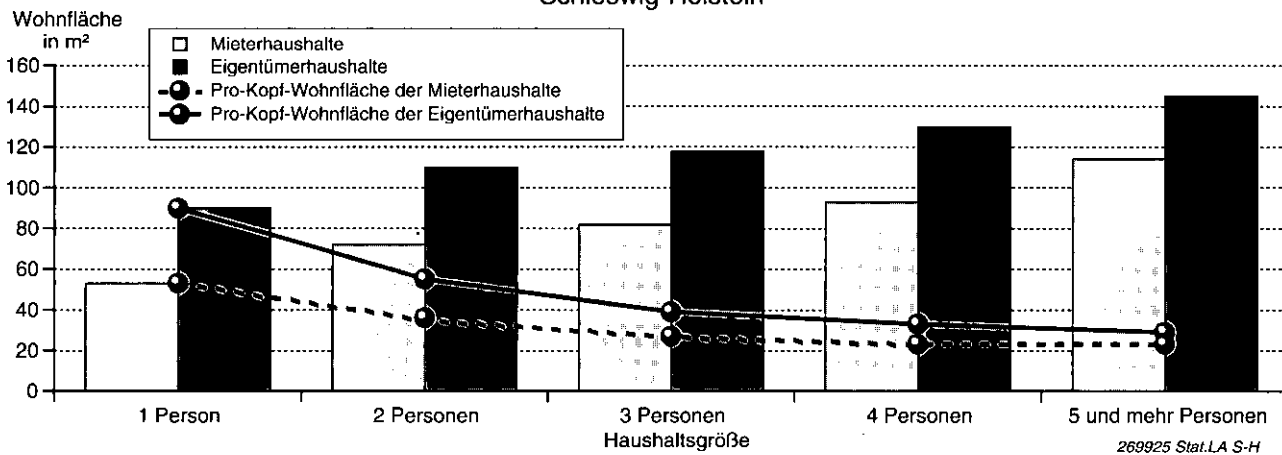
¹ Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige, Landwirte

Durchschnittliche Wohnfläche und Pro-Kopf-Wohnfläche privater Haushalte 1998

Früheres Bundesgebiet



Schleswig-Holstein



**Durchschnittliche Wohnfläche privater Haushalte mit Kindern
in Schleswig-Holstein und im früheren Bundesgebiet am 1. Januar 1998 nach Haushaltstyp**

Haushaltstyp	Schleswig-Holstein			Früheres Bundesgebiet		
	Wohnfläche	darunter für Kinder		Wohnfläche	darunter für Kinder	
	m ²		%	m ²		%
Paare						
ohne Kinder	95	–	–	98	–	–
mit einem Kind	94	16	17	99	17	17
mit zwei Kindern	111	27	24	115	28	24
mit drei und mehr Kindern	127	43	34	132	43	32
Alleinerziehende mit einem Kind	(70)	(16)	23	74	16	22

Wohnverhältnisse von Familien mit Kindern unter 18 Jahren

Am 1. Januar 1998 lebten in Schleswig-Holstein 47 % der Paare mit einem Kind im Wohneigentum, und zwar mehrheitlich, nämlich zu 79 % der Fälle im Einfamilienhaus. Im Vergleich dazu ist die Quote der Paare ohne Kinder, die zum gleichen Zeitpunkt im selbstgenutzten Eigenheim wohnten, mit 58 % wesentlich höher. Mit einer durchschnittlichen Wohnfläche von 113 m² steht in Schleswig-Holstein den Paaren

mit einem Kind lediglich eine um 3 m² größere Wohnfläche zur Verfügung als Paaren ohne Kinder. Insgesamt bewohnten Familien in Schleswig-Holstein – wie bereits gesagt – durchschnittlich kleinere Wohnungen als Familien im früheren Bundesgebiet. Die Angaben der befragten Haushalte zeigen jedoch, dass in Schleswig-Holstein 1998 die Kinderzimmer der Paare mit drei und mehr Kindern und der Alleinerziehenden mit einem Kind im Schnitt einen größeren Anteil an der Gesamtwohnfläche hatten als im früheren Bundesgebiet.

Wiebke Harmsen-Kieckbusch

Wirtschaftliches Wachstum in Schleswig-Holstein im ersten Halbjahr über dem westdeutschen Durchschnitt

Das schleswig-holsteinische Bruttoinlandsprodukt, die Summe der hierzulande erzeugten Güter und Dienste, ist im ersten Halbjahr 1999 gegenüber dem Vorjahr nominal um 2,7 % und real, d. h. nach Ausschaltung der Preisveränderungen gemessen, um 1,3 % gestiegen. Dies ergaben vorläufige Berechnungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, die das Statistische Landesamt in Kiel jetzt vorlegte. Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts betrug für Deutschland real 0,8 % und für die alten Bundesländer (ohne Berlin) real 0,9 %.

Das Wachstum der schleswig-holsteinischen Wirtschaft wurde vom Verarbeitenden Gewerbe getragen. Dessen Wertschöpfung stieg preisbereinigt in Schleswig-Holstein um 1,3 %, während sie in Deutschland insgesamt um 0,5 %, in den westdeutschen Ländern sogar um 0,8 % zurückging. Positiv niedergeschlagen hat sich in der Rechnung auch der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in der Stromproduktion von fast 30 %, während Umsatzrückgänge im schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbe von fast 6 % in ähnlicher Höhe auch das übrige Bundesgebiet trafen.

Mit der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts für das 1. Halbjahr 1999 legt der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (VGR d L) erstmals Ergebnisse nach dem neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 vor. Die Ratsverordnung zum ESVG 1995 verpflichtet alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach einheitlichen Konzepten und Systematiken zu erstellen, so dass die gesamtwirtschaftlichen Kenngrößen sowohl auf nationaler wie auch auf regionaler Ebene europaweit vergleichbar sind. Das ESVG 1995 löst das bisher in Deutschland angewandte System ab.

Der Arbeitskreis VGR d L hat die äußerst aufwendigen Umstellungsarbeiten auf das ESVG 1995 noch nicht komplett abgeschlossen. Erst zu einem späteren Zeitpunkt können die revidierten Reihen für das Bruttoinlandsprodukt auf Länderebene vorgelegt werden. Dadurch sind die Auswertungsmöglichkeiten der bereits nach dem ESVG 1995 berechneten Halbjahresergebnisse momentan auf Regional- und Bundesvergleiche beschränkt. Die konzeptionellen Unterschiede des ESVG 1995 gegenüber dem bisherigen deutschen VGR-System sind so gravierend, dass die aktuellen Länderwerte mit den bisher veröffentlichten Zeitreihen nicht vergleichbar sind.

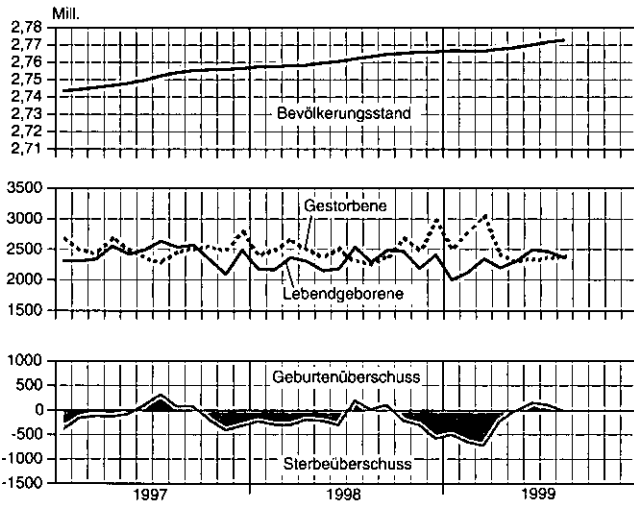
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in den Bundesländern

– Entwicklung im 1. Halbjahr 1999 gegenüber dem 1. Halbjahr 1998 –

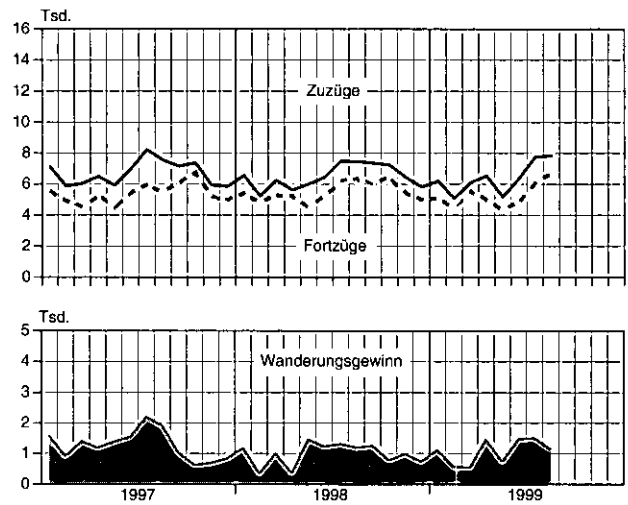
Land	Bruttoinlandsprodukt		Dar. Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe	
	nominal	real	nominal	real
Gebiet	Veränderung 1. Halbjahr 1999 gegenüber 1. Halbjahr 1998 in %			
Baden-Württemberg	2,6	1,0	0,9	0,5
Bayern	2,8	1,4	0,8	0,7
Berlin	0,8	-0,8	-1,7	-1,5
Brandenburg	2,0	1,2	3,5	3,7
Bremen	0,7	0,6	-1,8	-1,6
Hamburg	1,7	0,5	-1,2	-1,1
Hessen	2,1	1,4	-5,5	-5,2
Mecklenburg-Vorpommern	1,4	0,4	5,3	5,4
Niedersachsen	2,2	1,1	1,7	1,7
Nordrhein-Westfalen	1,3	0,1	-2,8	-2,3
Rheinland-Pfalz	1,9	0,8	-2,9	-2,3
Saarland	1,9	0,5	-0,4	0,0
Sachsen	1,5	0,4	1,8	1,8
Sachsen-Anhalt	1,1	0,2	0,3	1,0
Schleswig-Holstein	2,7	1,3	1,1	1,3
Thüringen	2,3	1,3	5,7	5,8
Deutschland	2,0	0,8	-0,6	-0,5
darunter nachrichtlich:				
Alte Bundesländer				
ohne Berlin	2,1	0,9	-0,8	-0,8
einschl. Berlin	2,0	0,8	-0,9	-0,8
Neue Bundesländer				
ohne Berlin	1,6	0,7	3,0	3,1
einschl. Berlin	1,4	0,3	1,7	1,9

Bernd Struck

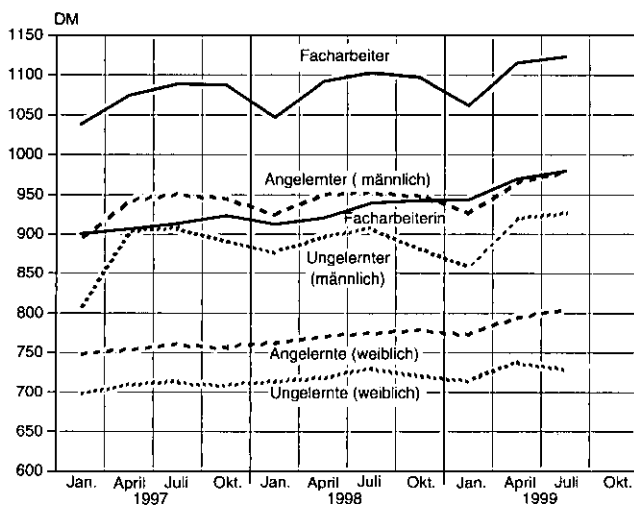
Bevölkerungsstand



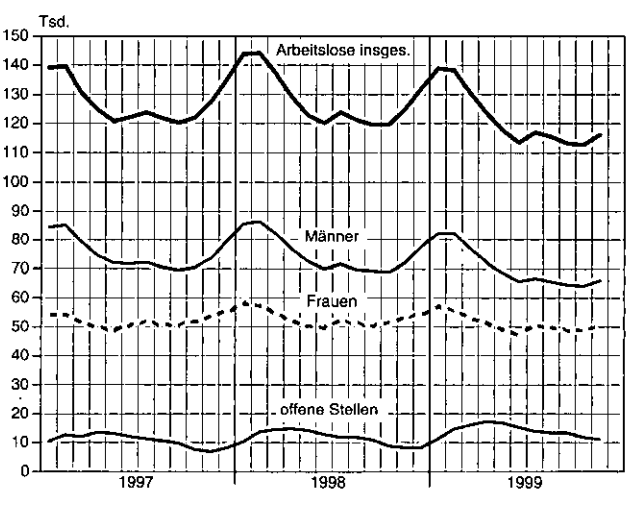
Bevölkerungsveränderung



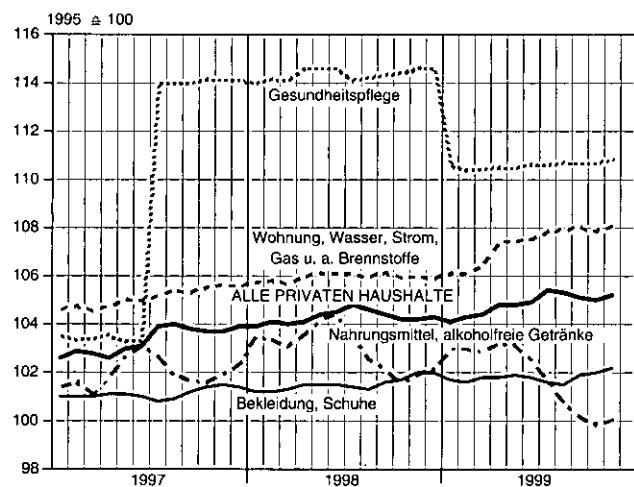
Bruttowochenverdienste



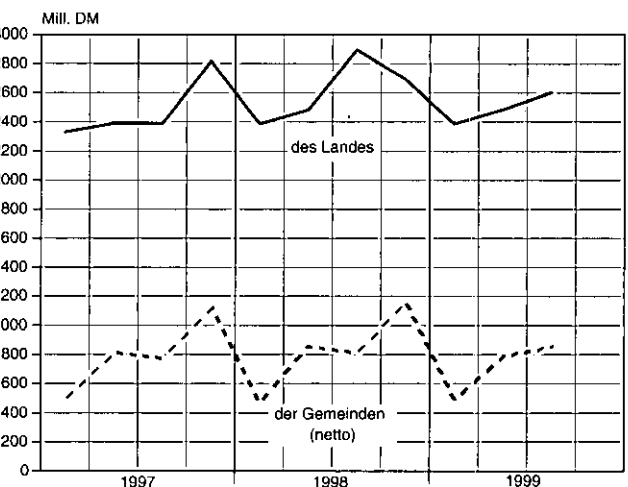
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

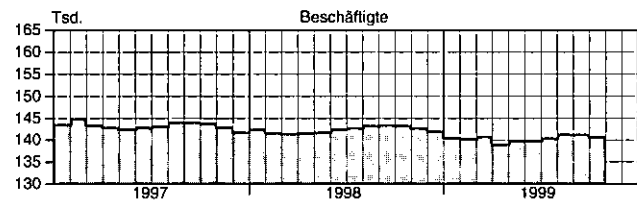
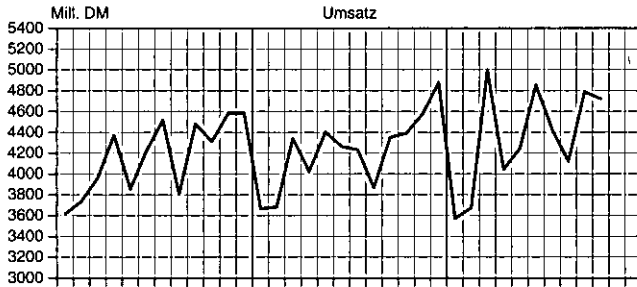


Steuereinnahmen

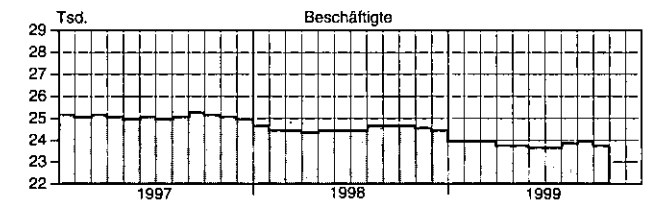
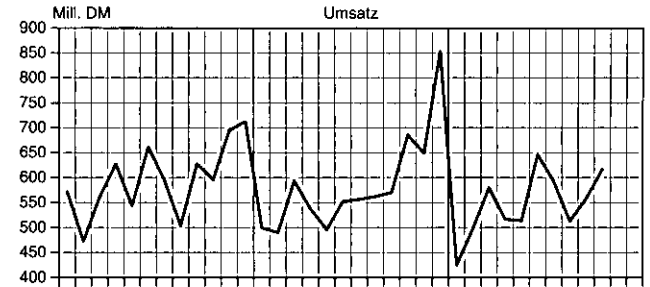


Verarbeitendes Gewerbe

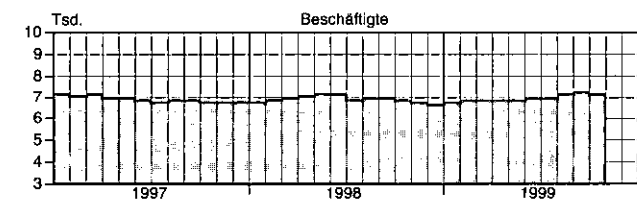
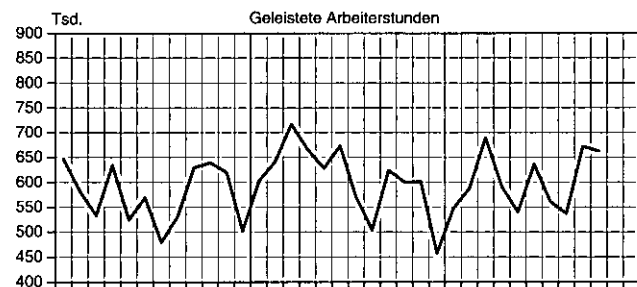
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



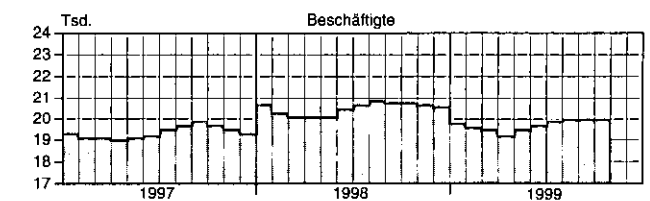
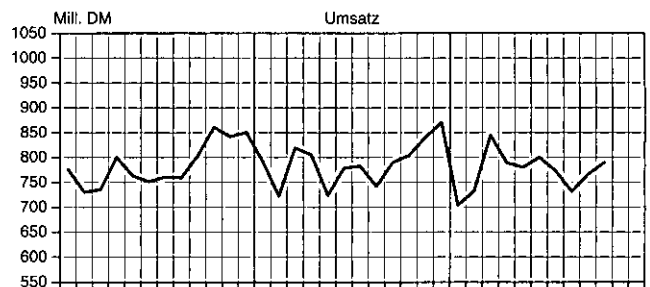
darunter Maschinenbau



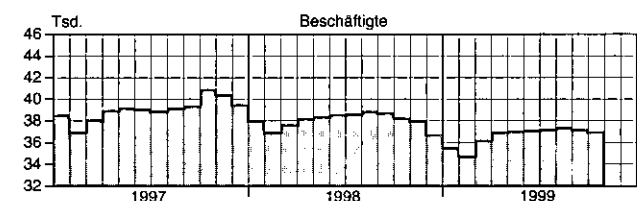
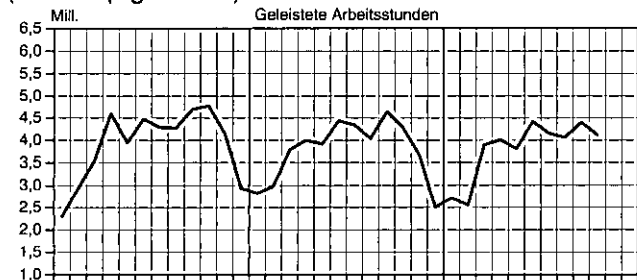
darunter Schiffbau



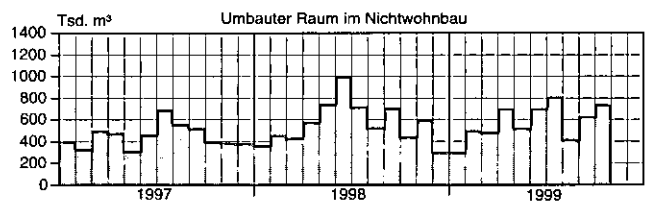
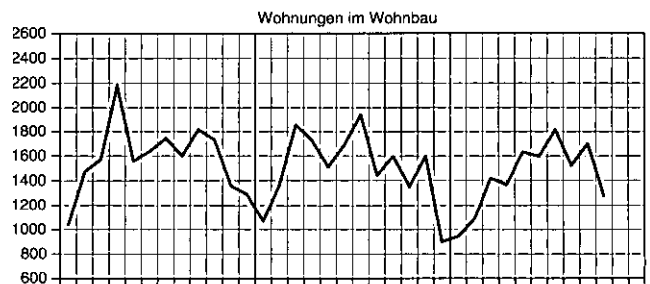
darunter Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung

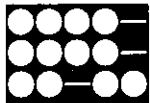


Vorbereit. Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe)



Baugenehmigungen





<i>Daten zur Konjunktur</i>	2
<i>Jahreszahlen</i>	4
<i>Zahlenspiegel</i>	6
<i>Kreiszahlen</i>	11
<i>Zahlen für Bundesländer</i>	12

**Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein**

Daten zur Konjunktur Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Energiewirtschaft		Oktober 1999		Januar bis Oktober 1999	
Stromerzeugung (brutto)	Gwh	3 146	+ 33,9	2 873	+ 32,8
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Beschäftigte	1 000	141	- 1,7	140	- 1,6
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	12	- 3,4	12	- 2,1
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	735	+ 1,6	728	+ 0,9
darunter Lohnsumme	Mill. DM	380	+ 0,6	371	+ 0,2
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 721	+ 7,5	4 337	+ 5,2
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 306	+ 8,2	2 986	+ 3,1
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 416	+ 5,8	1 351	+ 10,1
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige			- 0,4		+ 5,9
aus dem Inland			+ 7,4		+ 0,9
aus dem Ausland			- 9,5		+ 12,8
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²					
Beschäftigte	1 000	37	- 3,3	37	- 4,1
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	4	- 3,6	4	- 2,8
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	148	- 0,7	143	- 2,1
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	582	- 0,1	501	- 3,2
Auftragseingang ³	Mill. DM	240	- 14,9	257	- 8,7
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	1 275	- 5,6	1 436	- 7,7
Nichtwohnbau	1 000 m ² umbauter Raum	739	+ 68,0	579	- 2,8
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	104,8	- 3,0	105,0	- 0,5
Gastgewerbe					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	96,0	+ 1,7	102,1	- 0,1
Fremdenverkehr⁵					
Ankünfte	1 000	383	+ 3,4	378	+ 1,9
Übernachtungen	1 000	1 789	+ 2,8	1 907	- 0,4
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	112 793	- 5,8	123 103	- 4,5
Offene Stellen	Anzahl	11 844	+ 34,1	14 199	+ 15,3
Kurzarbeiter	Anzahl	2 529	- 27,6	3 344	- 25,5
Insolvenzen					
Anzahl		73	+ 9,0	85	+ 1,1

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III/E III 1

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtigte Zahl

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 1998	Nov. 1998	Dez. 1998	Jan. 1999	Febr. 1999	März 1999	April 1999	Mai 1999	Juni 1999	Juli 1999	August 1999	Sept. 1999	Okt. 1999
Verarbeitendes Gewerbe¹														
Beschäftigte	Land	-2,1	-1,8	-1,5	-1,5	-1,1	-0,9	-2,0	-1,6	-2,1	-1,7	-1,4	-1,5	-1,7
	Bund	-0,2	+0,2	+0,2	+0,5	+0,3	-0,0	-0,6	-0,7	-0,9	-1,0	-1,0	p-1,1	...
Geleistete Arbeiterstunden	Land	-2,4	-0,6	-2,6	-3,8	-4,2	-0,1	-3,1	-3,6	-0,2	-1,9	-0,1	-0,8	-3,4
	Bund	+0,6	+2,0	-0,1	-2,7	-2,7	+0,5	-1,7	-2,8	+0,0	-5,9	+1,7	p-2,7	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	-1,6	-0,3	-0,3	-1,9	-1,1	+3,2	+0,1	+1,4	-1,9	+0,8	+3,5	+4,1	+1,6
	Bund	+1,9	+2,3	+4,8	+1,1	+1,3	+4,3	+2,6	+2,3	+0,2	+0,5	+1,0	p+0,9	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+1,3	-0,6	+5,9	-2,6	-0,4	+15,0	+0,4	-3,7	+13,9	+3,2	+6,5	+10,0	+7,5
	Bund	+3,2	+1,3	+1,1	-2,9	-1,2	+3,1	-0,1	+0,3	+3,9	-1,7	+6,4	p+5,6	...
Inlandsumsatz	Land	+1,2	-0,1	+13,2	-5,5	-0,2	+4,2	+2,2	-6,5	+9,2	+0,0	+9,0	+9,0	+8,2
	Bund	+1,0	+0,6	-0,0	-3,8	-2,1	+1,1	-1,0	-1,3	+3,4	-2,9	+5,6	p+3,7	...
Auslandsumsatz	Land	+1,4	-1,7	-8,4	+4,7	-0,8	+42,7	-3,8	+2,2	+24,8	+11,4	+0,6	+12,4	+5,8
	Bund	+8,0	+2,9	+3,6	-1,0	+0,5	+7,2	+1,8	+3,3	+4,7	+0,8	+8,1	p+9,4	...
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+5,2	+1,6	-8,6	-10,3	+30,0	+10,6	-11,4	-0,3	+18,5	-1,7	+14,6	+9,5	-0,4
	Bund	+4,2	+0,9	-0,4	-7,7	-4,5	-2,6	-2,4	-2,0	+3,6	-1,8	+12,1	+4,2	...
aus dem Inland	Land	+0,9	+0,9	-3,5	-7,7	-0,4	-3,7	-7,8	-7,2	+8,8	+7,4	+6,7	+5,2	+7,4
	Bund	+4,6	+2,3	-0,4	-7,5	-6,1	-2,7	-3,4	-2,5	+2,2	-5,4	+5,6	-1,3	...
aus dem Ausland	Land	+12,0	+2,6	-15,0	-14,2	+67,2	+31,9	-16,1	+9,8	+34,7	-12,7	+28,4	+16,1	-9,5
	Bund	+3,8	-1,0	-0,3	-7,9	-2,3	-2,4	-1,0	-1,0	+5,5	+3,6	+22,5	+12,4	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	+0,9	-4,7	—	—	-4,3	—	—	-1,4	—	—	-25,6	—	—
	Bund	-2,3	-3,6	—	—	-12,2	—	—	-2,0	—	—	—	—	—
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²														
Beschäftigte	Land	-5,1	-6,1	-7,0	-6,5	-6,0	r-3,7	r-3,3	r-3,4	r-3,8	r-3,6	r-3,9	r-4,0	-3,3
	Bund	-5,4	-5,1	-5,3	-4,4	-4,1	-7,7	-6,8	-6,5	-6,1	-6,0	-6,0
Geleistete Arbeitsstunden	Land	-6,5	-11,5	-14,8	-3,7	-14,4	r+2,8	r+0,4	r-2,7	r-0,4	r-4,3	r+0,6	r-5,3	-3,6
	Bund	-5,7	-5,9	-10,3	-1,9	-12,6	-3,4	-4,7	-6,1	-2,7	-10,1	-1,6
Lohn- und Gehaltssumme	Land	-6,4	-8,8	-11,2	-11,6	-10,8	r+2,0	r+1,0	r+0,8	r-1,3	r-3,2	r+2,0	r-1,1	-0,7
	Bund	-5,7	-7,7	-7,1	-6,2	-6,1	-3,0	-3,0	-3,0	-3,1	-5,6	-1,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	-1,7	+0,2	-12,1	-0,4	-5,4	r-19,7	r-3,4	r-1,9	r+5,7	r-1,6	r-1,2	r-4,2	-0,1
	Bund	-4,5	-3,8	-8,2	-5,3	-5,9	-18,2	+3,6	+3,3	+3,7	-1,8	+3,1
Auftragseingang ³	Land	-7,5	-9,3	-13,4	-1,4	-3,4	-10,2	-19,4	-8,6	-5,5	-0,9	-7,1	-9,5	-14,9
	Bund	-0,3	+7,3	-3,0	3,5	3,0	-1,3	+0,2	+3,6	+0,9	-5,0	+1,9
Baugenehmigungen⁴														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	-5,0	+17,6	-30,3	-11,7	-20,5	-23,7	-21,0	+8,3	-5,8	-6,5	+5,4	+6,6	-5,6
	Bund	p-9,6	-8,4	-0,8	-0,2	-4,3	-4,1	-9,3	-16,0	-11,7	+4,1
Nichtwohnbau (umbauter Raum)	Land	+27,0	+52,5	-21,5	-17,1	+9,0	+11,2	+21,9	-30,0	-29,4	+12,4	-20,8	-11,3	+68,0
	Bund	p+8,7	-7,6	+11,4	+16,8	+16,3	+20,3	+0,4	-18,9	+10,6	-2,3	+1,9
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)														
Umsatz	Land	+2,2	+2,1	+0,9	-5,1	-1,5	+3,9	+0,6	-2,5	+2,6	-0,4	+0,3	r-1,0	-3,0
	Bund	+1,5	+5,4	+3,5	r-2,2	-0,6	r+4,4	r+2,8	r-0,7	r+5,6	r-0,2	r+6,0	-0,8	...
Gastgewerbe														
Umsatz	Land	-2,2	-4,2	-3,4	-1,2	-3,1	+3,8	-0,5	-1,0	-3,9	r+4,6	-4,6	r+3,5	+1,7
	Bund	-1,6	-2,2	-0,7	-0,9	-3,6	-0,6	+0,3	-0,4	-0,4	+1,9	-0,7	+1,4	...
Fremdenverkehr⁵														
Ankünfte	Land	+1,0	+5,0	+3,2	+0,5	+0,7	+8,8	-3,8	p+3,6	p-1,0	p+9,6	p-5,7	p+4,1	p+3,4
	Bund	+4,0	+5,8	+6,3	+6,7	+6,5	+5,8	+7,5	+2,0	+4,6	+6,0	+4,5	+5,5	...
Übernachtungen	Land	-1,4	+6,7	+3,3	+4,9	+4,8	+11,3	-8,9	p+1,5	p-0,3	p+0,1	p-5,0	p+0,4	p+2,8
	Bund	+2,6	+6,2	+6,5	+8,3	+7,1	+7,7	+3,2	+2,3	+4,4	+4,3	+1,9	+3,4	...
Arbeitsmarkt														
Arbeitslose	Land	+1,2	-1,8	-2,3	-3,4	-4,0	-4,8	-4,3	-4,1	-5,6	-5,6	-4,6	-5,3	-5,8
	Bund	-2,4	-8,7	-7,2	-7,6	-7,4	-7,2	-6,2	-4,7	-3,4	-2,6	-1,8	-0,6	-0,2
Offene Stellen	Land	+7,7	+20,3	+1,0	+9,7	+7,3	+10,6	+16,9	+18,0	+19,3	+18,5	+13,2	+22,5	+34,1
	Bund	+25,1	+20,0	+13,7	+16,7	+14,5	+11,1	+8,2	+3,6	+1,5	+3,4	+2,8	+6,2	+9,7
Kurzarbeiter	Land	-29,7	-5,6	+5,1	-20,3	-10,8	-21,2	-33,4	-30,9	-25,5	-38,4	-35,1	-25,0	-27,6
	Bund	-36,7	-14,0	-10,5	-0,6	-6,1	-1,6	-5,1	+14,8	+27,8	+28,3	+36,1	+11,9	+0,4
Insolvenzen														
Anzahl	Land	+13,6	+58,3	+62,4	+18,4	-18,6	-8,6	+34,5	-3,8	-11,0	-13,3	+32,9	+12,0	+9,0
	Bund	+1,7	-6,8	+14,8

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis mit vergleichbaren Veränderungsraten zu 1994 (d. h. in 1995 ohne die neu hinzugekommenen Bereiche)

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse; zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 - E III 1

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtigte Zahl

() = eingeschränkte Aussagefähigkeit

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß (+) der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
1994	2 701	6,8	10,2	11,4	- 3	17	1 245	53	363	262	567
1995	2 717	6,5	10,1	11,5	- 4	21	1 248	47	352	323	525
1996	2 732	6,5	10,5	11,4	- 3	19	1 250	43	340	340	527
1997	2 750	6,5	10,5	11,0	- 1	15	1 230	38	319	335	538
1998	2 761	6,6	10,0	10,9	- 2	12	1 231	39	298	330	563

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ²				
	Schülerinnen/Schüler im September in					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1991		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mittleren Abschluß	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund ³ ± 100
	1 000													
1994	144	12	49	61	11	10	36	30	24	103 801	+ 4,2	94 200	+ 1,8	92
1995	150	11	50	61	12	10	36	31	23	107 273	+ 3,3	95 227	+ 1,1	92
1996	155	12	51	61	13	11	36	31	23	110 423	+ 2,9	96 860	+ 1,7	92
1997	160	12	53	62	14	11	36	32	22	113 788	+ 3,0	98 982	+ 2,2	92
1998	163	12	54	64	15	117 067	+ 2,9	100 780	+ 1,8	93

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 03.12. ^a				Schlachtungen ^b		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴									
	1 000										
1994	1 396	426	1 309	2 731	351	1 709	2 311	5 393	1 928	146	699
1995	1 398 ^b	421 ^b	1 269 ^b	2 687 ^b	318	1 464	2 408	5 688	2 151	154	715
1996	1 397	422	1 293	2 687	378	1 309	2 407	5 709	2 251	193	717
1997	1 336 ^b	402 ^b	1 308 ^b	2 687 ^b	433	1 268	2 347	5 697	2 586	193	796
1998	1 342 ^b	395 ^b	1 348 ^b	2 687 ^b	401	1 455	2 342	5 878	2 419	187	724

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷											Bauhaupt- gewerbe
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		geleistete Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme		insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas	Strom ⁸	
	1 000		Mill.	Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE ⁹				
1994	163	104	168	4 953	4 370	48 688	11 253	184	1 234	672	414	47
1995	153	97	157	4 856	4 321	48 979	12 777	162	1 246	636	415	48
1996	147	92	148	4 767	4 342	47 113	12 359	174	908	5 110	3 504	43
								1 000 t		Mill. kWh		
1997	146	91	145	4 706	4 394	50 047	14 872	172	835	5 334	3 893	41
1998	143	88	141	4 584	4 367	50 679	15 083	158	873	5 219	3 877	39

¹ Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen im April des jeweiligen Jahres

² ab 1994 vorläufige Ergebnisse

³ Gebietsstand vor dem 03.10.1990

⁴ ohne Ammen- und Mutterkühe

⁵ ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

⁶ gewerbliche und Hausschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

⁷ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; bis 1994 nach alter Wirtschaftszweigsystematik (SYPRO), ab 1995 nach neuer Wirtschaftszweigklassifikation (WZ'93), ab 1997 einschl. der Betriebe, die durch die „Handwerkszählung 1995“ ermittelt wurden

⁸ ohne Eigenerzeugung

⁹ 1 Tonne SKE (Steinkohle-Einheit) ± 29 308 MJ

^a 1998 am 03.11.

^b repräsentative Viehzählung

Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr				Fremdenverkehr ²			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹	fertiggestellte Wohnungen ¹		insgesamt	in EU-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	Bestand an Wohnungen					insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslandsgästen
1 000			Mill. DM				1 000				
1994	23	19	1 206	12 918	5 712	1 898	11 258	3 907	314	21 542	690
1995	20	22	1 230	14 003	7 383	821	12 254	3 996	300	21 988	665
1996	18	18	1 249	14 685	8 113	884	12 808	3 959	309	21 597	654
1997	19	19	1 269	16 487	8 403	1 033	14 879	4 057	337	20 776	685
1998	18	19	...	p 17 080	p 9 411	p 1 006	p 15 574	4 097	362	20 483	716

Jahr	Kfz-Bestand ³ am 01.07.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen ⁵ am 31.12.	Sozialhilfe ⁶			Kriegsopfer-fürsorge
	insgesamt	Krafträder	Pkw ⁴	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
1 000							Mill. DM					
1994	1 608	71	1 368	69	15 463	282	20 182	24 350	2 137,0	730,6	94,0	122,4
1995	1 644	78	1 393	72	15 592	268	20 652	26 765	2 238,1	873,5	112,3	121,9
1996	1 677	85	1 416	75	14 307	260	18 809	29 689	2 201,6	902,1	117,8	104,7
1997	1 706	94	1 433	78	14 549	282	19 223	30 768
1998	1 729	102	1 441	83	14 376	245	19 047	31 189

Jahr	Steuern								Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁸	
	des Bundes	des Landes ⁷	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarkt-mittel
Mill. DM												
1994	8 880	9 704	3 156	6 092	10 826 ¹	7 510	1 447	39	1 179	24 766	4 681	3 716
1995	9 163	9 844	3 102	6 098	10 739	8 007	1 119	41	1 178	26 367	4 918	3 859
1996	8 609	9 980	3 093	5 950	10 133	7 821	805	169	1 265	27 640	5 127	4 026
1997	...	9 924	3 223	5 493 ²	10 233	7 734	775	...	1 430	28 991	5 318	4 184
1998	...	10 440	3 315	5 868 ³	10 752	8 061	756	...	1 492	29 797	5 413	4 248

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet (1995 = 100)					Löhne und Gehälter ¹¹						
	Erzeugerpreise ⁹		für Wohngebäude	Lebenshaltung aller privaten Haushalte		Industriearbeiter ¹²		Angestellte in Industrie ¹² und Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe			Öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte	landwirtschaftlicher Produkte ¹⁰		insgesamt	darunter Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	Männer	Frauen	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Beamte A 9 (Inspektor)
			Männer					Frauen	kaufmännische Angestellte	technische Angestellte		
DM												
1994	98,3	91,7	97,7	98,3	...	978	695	5 233	3 677	5 911	4 498	3 359
1995	100,0	91,6	100,0	100,0	100,0	1 000	722	5 405	3 856	6 115	4 639	3 464
1996	98,8	91,1	99,8	101,4	100,6	1 022 ^b	734 ^b	5 419 ^b	3 870 ^b	6 254 ^b	4 769	3 594
1997	99,9	p 92,6	99,1	103,3	102,0	1 024 ^b	746 ^b	5 514 ^b	3 962 ^b	6 240 ^b	4 628	3 438
1998	99,5	87,1	98,7	104,3	103,0	1 033 ^a	760 ^a	5 634 ^a	4 065 ^a	6 411 ^a	4 697	3 490

¹ Errichtung neuer Gebäude

² nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen

³ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; ab 1994 nur ohne Post und Bundeswehr

⁴ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁵ ohne Postspareinlagen

⁶ Die Angaben ab 1994 sind nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar, weil seit 01.11.1993 die Angaben für Asylbewerber gesondert ausgewiesen werden.

⁷ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen

⁸ einschließlich ihrer Krankenhäuser bis 1997, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände

⁹ ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer

¹⁰ Basisjahr 1991 = 100

¹¹ Durchschnitt aus den 4 Berichtsquartalen

¹² einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk

¹³ Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind (ab 1997 ohne Kindergeld), ohne Stellenzulage

^a ohne Einfuhrumsatzsteuer

^b Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen zurückliegender Berichtsjahre möglich (vgl. Seite 10, Zahlenspiegel)

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1997	1998	1998			1999			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	p 2 750	2 761	2 763	2 765	2 765	2 772
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	p 1 486	p 1 523	p 2 661	p 1 829	p 1 501	p 2 082
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 6,5	p 3,8	p 11,3	p 8,1	p 6,4	p 8,8
* Lebendgeborene	Anzahl	p 2 423	p 2 311	p 2 293	p 2 486	p 2 466	p 2 459
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 10,6	p 10,1	p 9,8	p 10,9	p 10,9	p 10,4
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	p 2 523	p 2 504	p 2 266	p 2 366	p 2 685	p 2 339
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 11,0	p 11,4	p 9,7	p 10,4	p 11,4	p 9,9
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	p 12	p 8	p 3	p 13	p 11	p 9
	je 1 000 Lebendgeborene	p 5,0	p 4,2	p 1,3	p 5,2	p 4,5	p 3,7
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	p 100	p - 193	p + 27	p + 120	p - 219	p + 120
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p - 0,4	p - 0,8	p + 0,1	p + 0,5	p - 0,9	p + 0,5
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 704	6 489	7 460	7 353	7 242	7 752	7 829
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 489	1 348	1 484	1 702	1 553	1 900	1 691
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 423	5 497	6 264	6 098	6 452	6 241	6 683
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 168	1 198	1 412	1 424	1 307	1 594	1 431
* Wanderungsgewinn (+) und -verlust (-)	Anzahl	+ 1 281	+ 991	+ 1 196	+ 1 255	+ 790	+ 1 511	+ 1 146
* Innerhalb des Landes Umgezogene ¹	Anzahl	11 316	11 469	12 057	11 874	12 310	11 646	12 371
* Wanderungsfälle	Anzahl	23 443	23 455	25 781	25 325	26 004	25 639	26 883
Arbeitslage										
* Arbeitslose (Monatsende)	1 000	127	128	121	120	120	117	116	113	113
* darunter Männer	1 000	75	75	70	69	69	67	66	64	64
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	6,4	4,5	3,3	3,0	3,5	2,1	2,1	2,3	2,5
* darunter Männer	1 000	5,1	3,6	2,7	2,4	2,8	1,6	1,6	1,8	2,0
* Offene Stellen (Monatsende)	1 000	10,8	11,7	11,8	10,9	8,8	13,9	13,3	13,4	11,8
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 336 ^a	1 342 ^a
* darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	402 ^a	395 ^a
* Schweine	1 000	1 308 ^a	1 348 ^a
* darunter Zuchtsauen	1 000	124 ^a	122 ^a
* darunter trächtig	1 000	89 ^a	85 ^a
Schlachtungen										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	36	33	33	38	4	30	35	42	41
* Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	2	1
* Schweine	1 000 St.	106	121	123	124	135	126	131	134	130
* darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	0	1	1	0	0	0	1
Schlachtmenge² aus gewerblichen Schlachtungen										
* (ohne Geflügel)	1 000 t	20,7	21,5	21,7	23,3	24,9	20,8	22,8	25,5	24,6
* darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,8	10,2	10,1	11,7	12,4	9,1	10,6	12,9	12,5
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
* Schweine	1 000 t	9,6	11,0	11,2	11,3	12,2	11,3	11,7	12,1	11,7
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
* Rinder (ohne Kälber)	kg	302	307	310	311	307	305	307	311	310
* Kälber	kg	136	137	138	137	138	138	136	135	134
* Schweine	kg	91	91	91	91	91	89	90	90	90
Geflügel										
* Konsumier ³	1 000	29 607	29 009	30 155	28 701	30 204	29 707	29 015	27 518	26 781
* Geflügelfleisch ⁴	1 000 kg	61	68
Milcherzeugung										
* (darunter an Molkereien und Händler geliefert)	%	96	96	95	95	96	96	96	96	...
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,6	16,1	15,6	15,7	15,5	15,9	15,8	15,9	...

¹ ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

² einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

³ in Betrieben bzw. in Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen

⁴ aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

^a 1997 Dezember, 1998 November

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1997	1998	1998			1999			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe¹										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	146	143	143	144	143	140	141	141	141
* darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	91	88	89	89	89	87	87	87	87
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	12 063	11 778	11 093	12 157	12 305	11 458	11 082	12 063	11 882
* Lohnsumme	Mill. DM	392,1	382,0	366,2	363,9	377,8	373,2	377,9	379,5	380,2
* Gehaltssumme	Mill. DM	366,1	363,9	334,7	336,6	345,5	357,1	347,8	349,9	354,6
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 171	4 223	3 866	4 352	4 392	4 429	4 117	4 788	4 721
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 931	2 966	2 712	3 074	3 054	3 094	2 956	3 352	3 306
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 239	1 257	1 154	1 278	1 338	1 335	1 161	1 436	1 416
Kohleverbrauch	1 000 t	14								
Gasverbrauch	Mill. kWh	445	435							
Stadt- und Kokereigas	Mill. kWh									
Erd- und Erdölgas	Mill. kWh									
Heizölverbrauch	1 000 t	70	73							
leichtes Heizöl	1 000 t	5	4							
schweres Heizöl	1 000 t	64	68							
Stromverbrauch	Mill. kWh	324	328	322	327	338	335	301	293	342
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	39	39	35	33	41	35	33	34	40
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 659	1 984	2 013	2 015	2 350	2 607	2 907	2 914	3 146
* Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 081	990	1 020	1 047	1 155	1 010	989	988	1 097
Gaserzeugung (netto)	1 000 m³									
Handwerk (Meßzahlen)³										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.09.1998 = 100	90,0	...						95,5	-
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1998 = 100	93,4	...						103,7	-
Baugewerbe⁴										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁵										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	40 115	38 078	38 857	38 738	38 244	37 204	37 358	37 180	36 981
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 048	3 786	4 041	4 648	4 275	4 153	4 064	4 400	4 119
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	2 059	1 952	2 064	2 400	2 206	2 099	2 093	2 263	2 087
gewerbliche und industrielle Bauten ⁶	1 000	876	814	848	946	879	863	827	927	905
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 065	974	1 075	1 255	1 119	1 115	1 075	1 150	1 058
* Lohnsumme	Mill. DM	126,2	117,0	120,6	124,9	118,4	121,9	123,4	122,9	117,8
* Gehaltssumme	Mill. DM	32,4	31,3	30,2	29,5	30,4	30,8	30,4	29,7	29,9
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	534,4	525,2	545,6	637,0	582,8	587,6	538,9	610,4	582,2
Auftragseingang ⁷	Mill. DM	292,3	270,4	255,0	357,9	282,2	290,6	236,9	324,0	240,1
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe⁷										
* Beschäftigte ⁸	Anzahl	12 693	12 020	-	-	-	-	-	-	-
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 477	1 329	-	-	-	-	-	-	-
* Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	49,4	47,3	-	-	-	-	-	-	-
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	142,3	147,2	-	-	-	-	-	-	-

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1 1. Ab Januar 1997 einschließlich ca. 90 neu in der Handwerkszählung gefundener Betriebe.

² ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung

³ ohne handwerkliche Nebenbetriebe

⁴ ab 1995 in der Abgrenzung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)

⁵ auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

⁶ einschließlich Unternehmen der Bahn und Post

⁷ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁸ am Ende des Vierteljahres, bei Jahreszahlen = Durchschnitt der Vierteljahresergebnisse

⁹ Ab 1997 Umstellung auf vierteljährliche Berichterstattung

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1997	1998	1998			1999			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
BAUTÄTIGKEIT										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	842	921	939	1 041	870	1 196	1 015	1 178	882
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	682	789	832	917	759	1 042	897	1 040	765
2 Wohnungen	Anzahl	86	73	51	71	48	89	78	79	79
* Rauminhalt	1 000 m³	761	777	759	832	712	955	793	915	686
* Wohnfläche	1 000 m²	148	149	146	161	133	187	154	178	132
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	103	113	108	142	102	158	112	128	139
* Rauminhalt	1 000 m³	449	570	525	706	440	809	416	626	739
* Nutzfläche	1 000 m²	76	93	80	107	73	133	72	110	132
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 757	1 665	1 571	1 733	1 509	1 967	1 576	1 776	1 368
HANDEL UND GASTGEWERBE										
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 420,9	r 1 481,1	1 420,9	1 410,0	1 568,6	1 738,0	1 411,6
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	143,1	r 138,1	113,5	103,9	117,1	151,8	140,8
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	1 277,8	r 1 343,1	1 307,4	1 306,1	1 451,5	1 586,1	1 270,8
davon										
* Rohstoffe	Mill. DM	28,0	r 25,2	19,3	24,1	17,7	19,3	33,7
* Halbwaren	Mill. DM	76,8	r 72,5	84,6	68,3	68,0	70,4	54,7
* Fertigwaren	Mill. DM	1 173,0	r 1 245,4	1 203,5	1 213,7	1 365,7	1 496,4	1 182,4
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	182,7	r 167,6	141,4	137,2	162,8	166,6	129,5
* Enderzeugnisse	Mill. DM	990,3	r 1 077,8	1 062,0	1 076,5	1 202,9	1 329,9	1 053,0
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EU-Länder	Mill. DM	747,2	r 842,0	692,2	706,0	978,8	890,9	826,2
darunter Dänemark	Mill. DM	120,1	r 118,3	78,7	79,7	238,2	94,6	103,6
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	100,3	r 117,3	121,1	105,2	110,2	135,3	123,8
Niederlande	Mill. DM	r 107,8	r 117,1	r 104,2	80,7	114,2	r 118,2	120,0
Frankreich	Mill. DM	r 94,3	r 114,9	r 72,3	94,3	130,7	r 120,8	109,2
* Einzelhandelsumsätze insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)	1995 = 100	105,0	107,3	103,6	102,4	108,0	114,8	103,9	101,4	104,8
* Gastgewerbeumsätze	1995 = 100	100,5	98,3	144,0	109,4	94,4	135,4	137,4	113,2	96,0
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
* Ankünfte	1 000	338	341	563	431	370	p 578	p 531	p 448	p 383
darunter von Auslandsgästen	1 000	28	30	41	33	30	p 57	p 39	p 30	p 30
* Übernachtungen	1 000	1 731	1 707	3 681	2 253	1 740	p 3 443	p 3 497	p 2 262	p 1 789
darunter von Auslandsgästen	1 000	57	60	78	62	63	p 111	p 79	p 61	p 61
VERKEHR										
Seeschifffahrt¹										
* Gütereingang	1 000 t	1 919	1 821	1 855	1 883	1 890	1 850	1 803
* Güterversand	1 000 t	1 140	1 093	1 022	1 052	1 150	876	957
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	156	155	123	151	151	179	137	139	172
* Güterversand	1 000 t	169	201	207	185	169	245	217	233	183
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²	Anzahl	11 078	11 021	9 130	9 773	10 443	11 787	9 254	10 728	...
darunter Krafträder	Anzahl	863	774	704	458	239	955	688	566	...
* Personenkraftwagen ³	Anzahl	9 858	9 256	7 611	8 358	9 244	9 755	7 714	9 096	...
* Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	636	681	580	702	694	666	616	703	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 212	1 198	1 346	1 213	1 344	p 1 510	p 1 355	p 1 374	p 1 244
* Getötete Personen	Anzahl	24	20	19	14	18	p 24	p 27	p 26	p 18
* Verletzte Personen	Anzahl	1 602	1 587	1 793	1 616	1 823	p 1 969	p 1 834	p 1 777	p 1 609

¹ ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

² mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

³ einschließlich Kombinationskraftwagen

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht

		1997	1998	1998			1999			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
GELD UND KREDIT										
Insolvenzen										
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	80	91	76	75	67	78	101	84	73
Unternehmen	Anzahl	65	72	66	61	51	59	79	65	55
übrige Gemeinschuldner	Anzahl	15	19	10	14	16	19	22	19	18
Beantragte Konkurse	Anzahl	80	91	76	75	67	78	101	84	73
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	52	61	23	52	37	42	52	43	30
Kredite und Einlagen¹										
4-Monats-durchschnitt³										
Kredite ² an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	144 326	155 353	-	156 534	-	-	-	-	-
darunter										
Kredite ² an inländische Nichtbanken	Mill. DM	140 341	149 977	-	150 976	-	-	-	-	-
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	16 781	17 691	-	18 529	-	-	-	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	16 480	17 319	-	17 736	-	-	-	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	301	372	-	793	-	-	-	-	-
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 600	7 390	-	7 383	-	-	-	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 511	6 824	-	6 809	-	-	-	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 089	566	-	574	-	-	-	-	-
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	115 960	124 896	-	125 064	-	-	-	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	87 690	94 872	-	95 092	-	-	-	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	28 270	30 024	-	29 972	-	-	-	-	-
Einlagen und aufgenommene Kredite ² von Nichtbanken	Mill. DM	93 609	96 524	-	97 867	-	-	-	-	-
Sichteinlagen und Termingelder										
von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	61 877	64 336	-	66 254	-	-	-	-	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	55 902	58 698	-	60 573	-	-	-	-	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 975	5 638	-	5 681	-	-	-	-	-
Spareinlagen	Mill. DM	30 238	30 898	-	30 588	-	-	-	-	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	29 780	30 418	-	30 082	-	-	-	-	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	458	480	-	506	-	-	-	-	-
STEUERN										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
		Vierteljahres-durchschnitt			3. Vj. 98			3. Vj. 99		
Gemeinschaftsteuern ⁴	Mill. DM	4 011	4 249	-	4 409	-	-	-	4 491	-
Lohnsteuer	Mill. DM	1 934	2 015	-	2 009	-	-	-	2 022	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	194	189	-	200	-	-	-	330	-
nicht veranlagte Ertragsteuer	Mill. DM	93	108	-	175	-	-	-	108	-
Zinsabschlagsteuer	Mill. DM	47	48	-	36	-	-	-	31	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	291	328	-	313	-	-	-	271	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	1 373	1 467	-	1 572	-	-	-	1 648	-
Gewerbsteuerumlage	Mill. DM	79	94	-	104	-	-	-	82	-
Landessteuern	Mill. DM	295	374	-	496	-	-	-	342	-
Vermögensteuer	Mill. DM	20	11	-	4	-	-	-	12	-
Grundwerbsteuer	Mill. DM	90	111	-	125	-	-	-	113	-
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	127	140	-	125	-	-	-	122	-
Gemeindesteuern	Mill. DM	498	516	-	547	-	-	-	...	-
Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	-	9	-	-	-	...	-
Grundsteuer B	Mill. DM	112	117	-	139	-	-	-	...	-
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	358	373	-	381	-	-	-	...	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaft										
Bundesanteil an den Gemeinschaftsteuern ⁴	Mill. DM	1 830	1 947	-	2 028	-	-	-	2 082	-
Lohnsteuer	Mill. DM	822	857	-	854	-	-	-	859	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	82	80	-	85	-	-	-	140	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	145	164	-	157	-	-	-	136	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	693	750	-	805	-	-	-	861	-
Gewerbsteuerumlage	Mill. DM	19	22	-	24	-	-	-	19	-
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	190	147	-	142	-	-	-	147	-
Bundesanteil und Solidaritätszuschlag	Mill. DM	2 020	2 094	-	2 170	-	-	-	2 229	-
Steuereinnahmen des Landes ⁵	Mill. DM	2 481	2 610	-	2 896	-	-	-	2 777	-
Landesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	2 101	2 155	-	2 185	-	-	-	2 262	-
Lohnsteuer (einschl. Zerlegung)	Mill. DM	913	991	-	949	-	-	-	924	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	78	40	-	64	-	-	-	128	-
Körperschaftsteuer (einschl. Zerlegung)	Mill. DM	145	162	-	113	-	-	-	126	-
Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	823	817	-	898	-	-	-	950	-
Gewerbsteuerumlage	Mill. DM	60	73	-	80	-	-	-	...	-
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände (netto) ⁶	Mill. DM	885	829	-	916	-	-	-	...	-
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁶	Mill. DM	806	829	-	829	-	-	-	...	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	361	410	-	335	-	-	-	...	-

¹ Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 01.01.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

² einschließlich durchlaufender Kredite ³ Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember ⁴ ohne Einfuhrumsatzsteuer

⁵ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen ⁶ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1997	1998	1998			1999			
	Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
PREISE									
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1995 $\hat{=}$ 100									
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	103,3	104,3	104,6	104,4	104,2	105,4	105,3	105,1	105,0
darunter für									
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	102,0	103,0	102,6	102,1	101,6	101,7	100,7	100,2	99,9
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	102,7	104,7	105,6	105,6	105,6	105,5	105,5	105,5	107,4
Bekleidung und Schuhe	101,1	101,5	101,3	101,6	101,7	101,6	101,5	101,9	102,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	105,1	106,0	106,0	106,1	106,0	107,8	107,9	108,0	107,9
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. ä.	101,1	101,8	101,9	101,9	101,9	102,2	102,1	102,1	102,1
Gesundheitspflege	108,7	114,4	114,2	114,3	114,4	110,6	110,7	110,7	110,7
Verkehr	104,3	104,7	105,2	105,0	104,9	108,2	109,2	109,3	109,8
Nachrichtenübermittlung	97,9	97,3	97,7	97,1	96,4	87,6	87,5	87,5	87,4
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	102,5	103,1	104,8	103,7	102,6	105,5	104,8	103,5	102,0
Bildungswesen	107,8	112,9	112,8	113,3	113,5	117,4	117,3	117,8	117,8
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	102,1	103,6	106,1	104,0	103,9	107,2	107,7	105,2	105,1
Anderer Waren und Dienstleistungen	102,3	102,8	102,9	103,0	103,2	104,5	104,5	104,5	104,8
Einzelhandelspreise ¹	102,1	101,7	101,6	101,7	101,6	101,9	101,8	101,9	101,9
Preisindex für Wohngebäude, Neubau; Bauleistungen am Gebäude	99,1	98,7	98,9	.	.	.	98,4	.	.
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ²	99,9	99,5	99,5	99,4	98,9	98,7	98,8	98,9	...
Einfuhrpreise ²	104,0	100,7	99,9	99,0	98,0	100,2	100,7	101,7	...
Ausfuhrpreise ²	101,5	101,4	101,4	101,1	100,7	100,9	101,0	101,3	...
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1991 $\hat{=}$ 100									
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ²	92,5	87,1	86,7	85,8	83,3	p 84,4	84,0	p 84,1	...
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²	107,5	103,6	102,3	101,0	100,4	103,2	103,7	103,4	...
LÖHNE UND GEHÄLTER³									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter im Produzierenden Gewerbe⁴									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	1 024	1 033	.	.	1 036	1 063
darunter Facharbeiter	1 078	1 090	.	.	1 097	1 123
weibliche Arbeiter	746	760	.	.	762	779
darunter Hilfsarbeiter	708	721	.	.	721	729
Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	26,84	27,35	.	.	27,34	27,84
darunter Facharbeiter	28,45	29,04	.	.	29,04	29,61
weibliche Arbeiter	19,99	20,38	.	.	20,41	20,99
darunter Hilfsarbeiter	18,84	19,17	.	.	19,11	19,51
bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	38,0	37,7	.	.	37,9	38,2
weibliche Arbeiter (Stunden)	37,3	37,3	.	.	37,3	37,1
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
Produzierendes Gewerbe⁴									
kaufmännische Angestellte									
männlich	6 567	6 688	.	.	6 719	6 896
weiblich	4 624	4 763	.	.	4 802	4 906
technische Angestellte									
männlich	6 579	6 724	.	.	6 759	6 907
weiblich	4 573	4 699	.	.	4 730	4 877
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 157	5 268	.	.	5 287	5 429
weiblich	3 774	3 857	.	.	3 872	3 958
technische Angestellte									
männlich	4 773	4 866	.	.	4 890	5 145
weiblich	3 240	3 226	.	.	3 245	3 772
Produzierendes Gewerbe⁴, Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen u. Gebrauchsgütern; Kredit- u. Versicherungsgewerbe zusammen									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 514	5 634	.	.	5 657	5 803
weiblich	3 962	4 065	.	.	4 085	4 176
technische Angestellte									
männlich	6 240	6 411	.	.	6 433	6 604
weiblich	4 466	4 591	.	.	4 623	4 767

¹ Beim Index der Einzelhandelspreise wurden die Angaben von Januar 1998 bis Mai 1999 wegen fehlerhafter Einbeziehung der Zuzahlungen für Arzneimittel korrigiert.

² ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

³ Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen vor 1996 möglich.

⁴ Handwerk nur im Hoch- und Tiefbau enthalten

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Kreiszahlen Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31.07.1999			Bevölkerungsveränderung im Juli 1999			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Oktober 1999 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme (+) oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²	Verletzte
		Vormonat	Vorjahresmonat ¹						
FLensburg	84 501	-0,0	-0,7	-14	-46	-60	35	-	39
KIEL	235 404	-0,1	-1,2	-14	-114	-128	99	-	127
LÜBECK	213 674	-0,1	-0,5	-3	-154	-157	101	-	118
NEUMÜNSTER	80 594	-0,2	-0,5	-36	-113	-149	43	-	60
Dithmarschen	136 836	+0,1	+0,5	+2	+102	+104	79	1	97
Herzogtum Lauenburg	176 299	+0,1	+0,7	+4	+139	+143	98	-	134
Nordfriesland	163 880	+0,1	+0,6	+28	+178	+206	77	3	104
Ostholstein	200 967	+0,2	+0,4	+8	+338	+346	75	2	95
Pinneberg	288 556	+0,1	+0,4	-17	+229	+212	123	2	160
Plön	131 468	+0,1	+0,9	+5	+111	+116	52	1	68
Rendsburg-Eckernförde	266 824	+0,0	+0,8	+55	+59	+114	118	2	138
Schleswig-Flensburg	195 801	+0,1	+1,0	+46	+153	+199	82	5	123
Segeberg	246 389	+0,1	+1,3	+68	+282	+350	118	1	159
Steinburg	135 436	+0,1	+0,2	+4	+96	+100	45	-	61
Stormarn	215 034	+0,1	+0,6	-16	+251	+235	99	1	126
Schleswig-Holstein	2 771 663	+0,1	+0,3	+120	+1 511	+1 631	1 244	18	1 609

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³			Kraftfahrzeugbestand ⁵ am 01.07.1999		
	Betriebe am 31.10.1999	Beschäftigte am 31.10.1999	Umsatz ⁴ im Okt. 1999 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷
FLensburg	52	9 269	695	44 411	38 302	452
KIEL	103	14 901	315	119 123	101 718	431
LÜBECK	107	13 880	378	109 652	94 331	441
NEUMÜNSTER	63	6 506	147	47 868	40 352	500
Dithmarschen	65	6 673	436	92 851	72 728	532
Herzogtum Lauenburg	101	8 134	178	115 972	97 382	554
Nordfriesland	60	3 463	134	113 188	90 113	552
Ostholstein	86	5 575	135	128 948	107 147	535
Pinneberg	182	16 052	522	181 419	153 080	531
Plön	42	2 211	52	82 581	67 726	516
Rendsburg-Eckernförde	114	7 474	220	177 834	144 954	544
Schleswig-Flensburg	74	4 153	147	132 745	105 521	541
Segeberg	189	15 793	556	174 755	145 419	592
Steinburg	74	7 456	249	89 286	71 787	531
Stormarn	170	19 389	558	148 262	126 241	588
Schleswig-Holstein	1 482	140 929	4 721	1 758 895	1 456 801	526

¹ nach dem Gebietsstand vom 31.07.1997

² einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

³ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, ab Januar 1995 neue Berichtsreisabgrenzung aufgrund neuer Systematik; Vergleich mit davorliegenden Zeiträumen nicht gegeben.

⁴ ohne Umsatzsteuer

⁵ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

⁶ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁷ Bevölkerungsstand: April 1999

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein Statistische Monatshefte/Zahlenbeilage 12/1999

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe ²		
	Einwohner am 31.03.1999		Arbeitslose Ende Oktober 1999			Kurzarbeiter, Mitte Oktober 1999	offene Stellen Ende Oktober 1999	Be- schäftigte am 31.08.1999	Umsatz ³ im August 1999	
	1 000	Veränderung ¹	1 000	Veränderung ¹	Arbeitslosen- quote				Mill. DM	Export- quote ⁴
		%		%	1 000	1 000				
Baden-Württemberg	10 428,0	+ 0,3	304,5	- 7,2	6,8	12,0	67,8	1 253	30 822	37
Bayern	12 092,8	+ 0,2	342,0	- 6,7	6,6	11,2	77,2	1 197	32 825	37
Berlin	3 394,1	- 0,7	262,3	+ 1,0	17,4	2,2	6,2	116	4 696	20
Brandenburg	2 590,7	+ 0,5	219,9	+ 15,9	18,3	3,2	6,7	91	2 420	16
Bremen	666,8	- 0,9	42,0	- 5,4	15,1	0,5	5,0	66	2 957	56
Hamburg	1 701,5	- 0,1	78,7	- 8,0	11,0	0,6	9,7	99	7 646	16
Hessen	6 035,6	+ 0,1	225,5	- 4,8	8,8	4,9	30,3	467	11 751	32
Mecklenburg-Vorpommern	1 796,5	- 0,5	154,2	+ 3,7	18,2	2,2	7,4	46	952	10
Niedersachsen	7 865,8	+ 0,3	351,3	- 4,5	10,7	6,2	38,4	563	16 518	35
Nordrhein-Westfalen	17 971,1	+ 0,0	796,3	- 2,2	10,7	26,4	96,3	1 500	43 895	32
Rheinland-Pfalz	4 024,4	+ 0,2	140,2	- 2,7	8,5	4,1	23,0	309	9 073	40
Saarland	1 072,8	- 0,5	48,4	- 1,8	11,4	1,5	4,9	107	2 517	39
Sachsen	4 481,0	- 0,7	363,4	+ 8,2	17,7	5,5	20,2	214	4 508	24
Sachsen-Anhalt	2 668,6	- 1,0	259,7	+ 9,5	20,7	2,7	11,4	104	2 694	12
Schleswig-Holstein	2 766,4	+ 0,3	112,8	- 5,8	9,7	2,5	11,8	141	4 109	28
Thüringen	2 458,4	- 0,6	182,2	+ 10,8	15,8	4,1	14,4	125	2 435	15
Bundesrepublik Deutschland	82 014,6	- 0,0	3 883,3	- 0,2	11,0	89,9	430,8	6 397	179 817	33
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	66 747,3	+ 0,1	2 590,6	- 4,2	9,2	71,2	367,9	5 799	166 402	34
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 267,2	- 0,5	1 292,7	+ 8,8	19,2	18,7	62,8	598	13 415	17

Bundesland	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr ⁵ im Juli 1999		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶ im August 1999				
	Beschäftigte am 30.06.1999	Baugewerblicher Umsatz ³ im Juni 1999		Zahl der genehmigten Wohnungen im Juni 1999	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte		
		1 000	Mill. DM				Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl	je 100 Unfälle
			%	%	%						
Baden-Württemberg	117	1 978	+ 6,1	4 354	1 331 672	4 016 029	+ 2,5	3 607	+ 5,7	4 919	136
Bayern	182	3 150	+ 8,9	6 748	2 247 504	7 930 480	+ 4,5	5 623	- 4,5	7 792	139
Berlin	35	688	- 11,3	952	367 486	846 824	+ 13,0	1 470	+ 4,6	1 810	123
Brandenburg	60	886	+ 4,3	2 133	305 244	942 592	+ 5,7	1 287	- 8,7	1 797	140
Bremen	7	145	+ 18,0	196	56 172	108 262	+ 13,6	285	+ 1,1	351	123
Hamburg	16	392	+ 5,4	314	230 496	416 623	+ 7,3	803	- 7,7	1 024	128
Hessen	61	1 102	+ 7,1	2 713	770 343	2 218 427	+ 0,8	2 573	+ 16,8	3 562	138
Mecklenburg-Vorpommern	37	521	- 8,1	1 491	522 017	2 492 847	+ 19,3	1 111	- 4,1	1 515	136
Niedersachsen	100	1 851	+ 7,9	4 473	945 155	4 031 763	+ 0,9	3 445	- 0,5	4 922	143
Nordrhein-Westfalen	173	3 045	+ 1,0	8 018	992 658	2 900 906	+ 0,3	7 027	- 3,5	9 047	129
Rheinland-Pfalz	48	772	+ 8,3	2 329	564 255	2 087 254	+ 8,4	1 875	+ 11,9	2 485	133
Saarland	12	198	+ 5,1	372	52 812	188 601	- 7,2	491	- 2,6	681	139
Sachsen	100	1 472	+ 3,5	2 047	433 053	1 303 985	+ 5,5	1 665	+ 1,0	2 166	130
Sachsen-Anhalt	65	916	- 3,0	1 704	218 694	570 758	+ 10,0	1 183	- 0,9	1 574	133
Schleswig-Holstein	36	594	+ 4,2	1 738	573 047	3 403 106	- 1,0	1 367	+ 1,6	1 862	136
Thüringen	52	748	- 1,4	927	287 881	887 021	+ 13,0	1 121	+ 16,3	1 586	141
Bundesrepublik Deutschland	1 101	18 457	+ 3,7	40 509	9 898 489	34 345 478	+ 4,3	36 015	+ 3,8	48 732	135
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	773	13 665	+ 4,8	31 449	8 010 935	27 881 985	+ 2,6	-	-	-	-
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	327	4 792	+ 0,7	9 060	1 887 554	6 463 493	+ 12,7	-	-	-	-

¹ gegenüber Vorjahresmonat

² Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

³ ohne Umsatzsteuer

⁴ Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

⁶ vorläufige Zahlen

Gedruckt im
Statistischen Landesamt
Schleswig-Holstein

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ≐ = entspricht